

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht
2 BvR 818/25**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 27.06.2025

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 818/25 vom 15.März 2025:

- 1. gegen Ladung des Amtsgerichts Velbert vom 20.Feb.2025 (10 C 286/24)**
- 2. gegen den Beschluss des Amtsgerichts Velbert ohne Datum (10 C 234/24 Richterablehnung)**

**Verfassungsbeschwerde vom 6.Juni 2025 (Fax vom 10.06.2025) mit
Anlage VB-2488**

Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme des früheren
Bundesverfassungsgericht-Präsidenten Hans-Jürgen Papier (2002-2010)

**> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)
mit verfassungswidrigem Übermaß im 84.Lebensjahr (Z5).**

**> Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender Nonstop-
Veranstaltungen seit 2011 nach Niederschlagung von Petitionen an
Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und Bayerischen Landtag in
München (2010) (im Alter von 70 Jahren, über 12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Zerschlagung**

**mit verfassungswidrigem Übermaß: Datenschutz-Skandal,
Rentenplünderung-Skandal (im Alter von über 80 Jahren auf
Pfändungsschutzkonto), mehrfache Freiheitsberaubung mit ständiger
Androhung der Wiederholung, . . .**

**zu verfassungswidrigen Renten-Plünderungen seit 2021 (im Alter von 80
Jahren auf Pfändungsschutzkonto bis zum Pfändungslimit ohne „Schutz“
vor staatlichen Übergriffen),
ohne Respektierung der Grundrechte als Voraussetzung für
Rechtsanwendungen gemäß Art.20 GG mit grundrechtsgleichem Recht auf
Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG**

Hier: > > > **Abwehr** von rechtswidrigen und verfassungswidrigen Rechtsanwendungen (10 C 286/24 Amtsgericht Velbert) nach sofortiger Beschwerde unter einer disfunktionalen Beschwerde-Instanz bei: Wiederholte Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 mit Ablehnungsgesuch (kein Befangenheitsgesuch) wegen Richterlüge und danach mit verfassungswidrigem Shitstorm zu sozialer Zerschlagung mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011
Abwehr hemmungsloser sozialer Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß wegen judikativem Boykott von Schadenersatz-Verfahren mit ständiger Sabotage von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung zu über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen im Umfeld von enormen Staatsversagen (Anlage VB-2430)
mit sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom **23.01.2025** und
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom **07.02.2025**
mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998 (Gründungsjahr von Google), weil
> Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltiges Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa

Im Beschwerdeverfahren hier:

Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den Bayerischen Landtag in München (2010),

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) einschließlich sozialer Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß

gegen Bundesrepublik Deutschland, Beklagte,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, 11044 Berlin

gegen Debeka Krankenversicherungsverein
(Sozialversicherungsträger) mit Unterstützung durch
weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Begründung:

**BVERFG-423. Verfassungsbeschwerde 2 BvR 818/25
vom 15.März 2025**

> Enormes Staatsversagen mit enormen Justizversagen mit verfassungswidrigem Übermaß:
> Einzelrichter-Skandal mit Richterablehnung wegen Richterlüge am Amtsgericht Velbert mit disfunktionaler Beschwerde-Instanz und mit verfassungswidriger Richterblockade im Schadenersatzverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen über 25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen:
> nach Solidarität-widrigem Kostentilgung-Skandal der deutschen Einheit mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für Weltklasse-Höchstleistungen des Beschwerdeführers in Deutschland und Europa
> nach skandalöser Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag einschließlich Rücktritt eines hochgeschätzten Bundespräsidenten mit sofortiger Wirkung
2010-2011: Zeitgleiche Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München mit Rücktritt des **hochgeschätzten Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler:** Bundespräsident wollte „*ein Zeichen setzen*“: Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31.Mai 2010 nach Bitte um Unterstützung der Petitionen des Beschwerdeführers mit Schreiben vom 25.Mai 2010
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>
Scroll down after link (page 345)
> nach skandalöser, sozialer Zerschlagung mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011: Gerichte übergreifend, Verfahren übergreifend, Instanzen übergreifend
> nach Freiheitsberaubung-Skandal (2 x Freiheitsberaubung und ständige Androhung von Freiheitsberaubung) wegen sozialer Zerschlagung mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 mit Richterboykott und Richterblockade von Schadenersatzverfahren und mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung
> nach Datenschutz-Skandal der Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers mit „Hass im SCHUFA-Netz“ in krimineller Kumpanei mit SCHUFA-Vorstand
> nach Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
> > > Verlust von logischem, rechtsstaatlichem und verfassungsrechtlichem Denkvermögen bei judikativen Entscheidungen,
hier bei Unterscheidung von sozialer Sicherheit und sozialer Zerschlagung, bei Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
Rechtsanwendung 10 C 286/24 Amtsgericht Velbert mit disfunktionaler Beschwerdeinstanz am Landgericht Wuppertal:
Rechtswidrig und verfassungswidrig, daher
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 818/25 vom 15.März 2025.
> Disfunktionale Beschwerdeinstanz: Dauerzustand seit Jahren, Amtsgericht auch nicht informiert über Sofortige Beschwerde und Anhörungsrüge mit überlanger Beschwerdedauer.
Enormes Justizversagen: Teil von enormen Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit.

Deutscher Staat ist eine solidarische Gemeinschaft,
Kostentilgung der deutschen Einheit ist eine Solidaritätsaufgabe.,
Beschwerdeführer ist Solidarität-widriges Kostenopfer der
deutschen Einheit.

Beschwerdeführer hat gebetsmühlenartig aufgezeigt:

Europäische Congressmessen ONLINE seit 1977

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

**Zerschlagen: Hochqualifizierte Existenzgrundlage des
Beschwerdeführers und seiner Familie mit Weltklasse-
Höchstleistungen und mit professionellem Wissensmanagement
für digitale Evolution auf dem Wege zu Künstlicher Intelligenz,
führend in und zugunsten von Deutschland und Europa,
Europäische Congressmessen ONLINE mit weltweit größtem
Congressangebot, mit hochqualifizierten Referenten, mit
flächendeckender Crossmedia-Besucherwerbung mit dem
kompletten Programm war auch für internationales Kapital
attraktiv,**

zerschlagen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 und ihren
verheerenden Folgewirkungen.

UMTS-Auktion 2000: Weltweit größter Auktionsbetrag, der je bei
einer Auktion erzielt wurde und für Kostentilgung der deutschen
Einheit verwendet wurde, mit der auch internationales Kapital
abgegriffen werden konnte, aber ein gigantischer und ruinöser
Markteingriff bei Versteigerung von Mobilfunk-Frequenzen für
Mobilisierung des Internet (UMTS).

Weltweit größter Auktionsbetrag, mit dem das internationale
Kapital und nachfolgend das nationale Kapital in die Flucht
geschlagen wurde. Auktionsbetrag ohne Sinn und Verstand
bewusst maximiert wegen Kostentilgung der deutschen Einheit,
nach der Methode „Zweck heiligt die Mittel“, Mittel aber leider
überhaupt nicht solidarisch und verheerend für die Opfer!
Verheerende Folgewirkungen des gigantischen und ruinösen
Markteingriffs waren nicht solidarisch, waren Solidarität-widrig
und Solidarität-feindlich, weil dieser Markteingriff zusätzlich für
politisch motivierte Zerschlagungen des Beschwerdeführers
missbraucht wurde.

Seit 2002: Europäische Congressmessen ONLINE, Existenz-
Grundlage des Beschwerdeführers und seiner Familie, nicht mehr
kostendeckend durchführbar, sondern nur noch mit hohen
Verlusten, daher erzwungene Beendigung in 2003, absichtliche
Ausnutzung der Congressmesse-Zerschlagung für
politisch motivierte Zerschlagungen, nicht nur am Wohnort in
NRW, sondern auch am Geburtsort in Bayern unter persönlicher
Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin
(1998-2005-2021)

Bis 2010: Ansehnliche Altersrücklagen infolge hoher Verluste
aufgebraucht, trotzdem Sozialversicherungen bis 2010 bezahlt:

**2010-2011: Zeitgleiche Petitionen an den Deutschen Bundestag in
Berlin und den Bayerischen Landtag in München mit Rücktritt des
hochgeschätzten Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler:**

Bundespräsident wollte „ein Zeichen setzen“: Rücktritt mit
sofortiger Wirkung am 31.Mai 2010 nach Bitte um Unterstützung
der Petitionen des Beschwerdeführers mit Schreiben vom 25.Mai
2010

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 345)

„Zeichen setzen“ heißt, etwas Bedeutsames in einer ungewöhnlichen, aber
allgemein bekannten Weise kommunizieren, so dass es von möglichst vielen

Menschen wahrgenommen wird.

Niederschlagung der Petitionen fortgesetzt mit Hetze bis in den Tod in 2012: Bruder des Beschwerdeführers durch Justiz und Verwaltung in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Freitod gehetzt. Beschwerdeführer und sein Bruder (tot seit 2012) konnten sich ihre Täter nicht aussuchen:

[Gerhard Schröder](#) / [Frank-Walter Steinmeier](#) / [Angela Merkel](#) / [Markus Söder](#) / [Melanie Huml](#) / [Ole Schröder](#) u.a.

Datenschutz-Recht gilt vor allem für Opfer von Spitzenpolitikern mit Immunitätsschutz: Sieh Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ mit laufendem Widerspruchsverfahren beim Hessischem Datenschutzbeauftragten (Wartezustand bis Ende der politisch motivierten Zerschlagung, so mitgeteilt: Warum? Nicht mehr nachvollziehbar!)

Grundrechte schützen den Freiheitsraum des Einzelnen vor Übergriffen der öffentlichen Gewalt, es sind Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat!

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Seit 2011: Nonstop-Gerichtsverfahren, Gerichte, Instanzen und Verfahren übergreifend bis zum Bundesverfassungsgericht.

Judikativer Boykott und ständige Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung zu Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute,

Seit 2011: Soziale Zerschlagungen, ausschließlich durch Verweigerung von Schadenersatz verursacht und aufgezwungen, waren vermeidbar durch die Justiz (enormes Justiz-Versagen).

Soziale Zerschlagungen als niederträchtigste Form der Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen (Z4) mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5)

a) mit Blockade der Klageverfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz, 2024 (hier) [zum ersten Mal mit Richterlüge](#),
b) mit Gerichtsverfahren/Strafverfahren zur Pflegeversicherung am Sozialgericht Düsseldorf und an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert seit 2011

c) mit Gerichtsverfahren zur Krankenversicherung:
Auftaktveranstaltung am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12) mit Aufzwingung von verfassungswidrigen Grundversicherungen ohne Zugriff auf Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto,
mit Folgeveranstaltungen an Amtsgerichten Velbert, Mayen, Spandau (Berlin) und

d) Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen mit Pfändung bis zum Schutzlimit ohne Einspruchsmöglichkeit

e) **Seit 12/2024 (10 C 286/24 Amtsgericht Velbert):** Einzelrichter am Amtsgericht Velbert, der Gerichtsverfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Richterlüge blockiert (10 C 234/24 Richterablehnung) und

Richter-Blockade von Schadenersatz für Verfahren der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidriger Verurteilung missbraucht und mit verfassungswidrigem Shitstorm Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto (1 BvR 1002/25) ermöglicht, erzwingt Durchführung eines weiteren Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidriger Krankengrundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto, Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen zwingend, solange Schadenersatz blockiert wird.

f) **Seit 10/2024 (10 C 234/24 Amtsgericht Velbert):** Fortsetzung mit Mehrrichterverfahren & Respektierung von Grundrechten >unverzichtbar<, mehrfach beantragt, Beweissicherung mit höchster Sorgfalt vom Beschwerdeführer vorgenommen: Umfangreiche, qualifizierte Original-Beweise am Landgericht Wuppertal sind bei zu ziehen:
2 O 70/15: Politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort.
2 O 163/16: Politisch motivierte Zerschlagungen am Geburtsort
Soziale Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß sind Gegenstand der Klage als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google!
Europäische Congressmessen des Beschwerdeführers haben den Wissensfortschritt für digitales Innovationswachstum professionell gemanaged: Google ist einer der Tech-Konzerne, deren weltweites Wachstum in den USA mit der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen professionell unterstützt wurde, weil Fehlen von europäischer Konkurrenz durch Zerschlagung der Europäischen Congressmessen erzwungen.
Angemessen ist, dass eine Digitalsteuer der Techkonzerne vorrangig für Schadenersatz gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG in der Klage gegen die Bundesregierung zu verwenden ist, und nicht entsprechende Verfahren mit einer Richterlüge zu blockieren!
Enormes Staatsversagen: Deutschland hat dem Beschwerdeführer ein Leben lang die Hölle und ihre Teufel gezeigt!

Alle weitere Unterlagen zum Verfahren 10 C 286/24 Amtsgericht Velbert werden schnellstmöglich für die Verfassungsbeschwerde 2 BvR 818/25 nachgesandt.

Unter Bezugnahme auf Verfassungsbeschwerde vom 6.Juni 2025 (per Fax vom 10.06.2025) mit Anlage VB-2448 a) b) c):

Sieh **Anlage VB-2451 Seite 12 Unterpunkte a) bis m)** in Schriftsatz vom 24.April 2025 an Landgericht Wuppertal (16 T 256/24)

LGW-16. Stellungnahme zu

Beschluss 10 C 234/24 des Amtsgericht Velbert vom 10.04.2025 in Zusendung vom Landgericht Wuppertal mit Verfügung 16 T 256/24 vom 15.04.2025 (eingegangen am 23.04.2025) und Zugehöriges Klage vom 03.10.2024 mit der Überschrift

„ Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren“

umfasst die Kapitel AGV-01 und AGV-02 auf 141 Seiten inkl.

Anlagen VE-01, VE-02, VE-03, VE-04, VE-05.

mit separater Beilage von 6 ISBN-nummerierten Congressbänden der ONLINE'84, Katalogen und Infomaterial „ONLINE unterm Funkturm“ als **Leihgabe** aus dem Congressmesse-Archiv (ONLINE1984, 2 Jahre vor der 1.CEBIT)

Stellungnahme in Anlage VB-2451 Seite 12 Unterpunkte a) bis m) **sind unmissverständlich und überzeugend!**

Anzugreifender Hoheitsakt: Anfang Juli 2025 wird schnellstmöglich nachgereicht.

Falls noch nicht gelesen: Es wird weiter niedergeschlagen und zerschlagen, was das Zeug hält!

Der Beschwerdeführer klagt im Alter von über 80 Jahren

> über **lebenslange Familienzerschlagung** seit 1941 **mit dem Tod seines Vaters (1945)** im Russland-Feldzug von Hitler trotz Kriegsdienst-Befreiung:

Beerdigt 1945 in Kramatorsk (Ost-Ukraine): Sieh BVERFG-413

> über Fortsetzung mit politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google, seit über 25 Jahren, am Wohnort (Z1) und am Geburtsort (Z2),

unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin unter Beteiligung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks (Z3) unter persönlicher Verantwortung der WDR/Phoenix-Justitiarin und stellv. WDR-Intendantin (1997-2022),

mit Niederschlagung von parallelen, intensiv geführten Petitionen (2010-2011) an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München, unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder

mit anschließender sozialer Zerschlagung, erzwungen mit verfassungswidrigen, sozialen Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto, mit verfassungswidrigem Übermaß (Z4, Z5)

> über politisch motivierte Zerschlagung am Geburtsort mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder (Anerbe am Geburtsort) in den wirtschaftlichen Ruin **bis in den Tod (2012)** und anschließender Nachlass-Insolvenz (Z2, Geburtshaus geschleift u.a.) nach Niederschlagung der Petitionen

unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern

> über politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort nicht trotz, sondern

wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit professionellem Wissensmanagement über digitales Innovationswachstum mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH u.a. mit einem Familien-Unternehmen, einem ansehnlichem Geschäftshaus als voll digitalisierte Organisationsbasis der Europäischen Congressmessen: Sieh repräsentative Gründerzeit-Villa:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/villa.pdf>

> über Fortsetzung mit politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google, seit über 25 Jahren, am Wohnort (Z1) und am Geburtsort (Z2), unter Beteiligung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks (Z3), mit Niederschlagung von parallelen, intensiv geführten Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München, mit anschließender sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen, sozialen Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen, mit verfassungswidrigem Übermaß (Z4, Z5) und mit dem Tod seines Bruders (2012, Anerbe am Geburtsort) unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern

Der Beschwerdeführer und seine Familie sind

Kostenopfer der deutschen Einheit wegen enormen Staatsversagen mit enormen Justizversagen ohne Respektierung der Solidaritäts-Anforderungen an Kostentilgung der deutschen Einheit

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, am Wohnort und am Geburtsort, seit 1998, unter persönlicher Verantwortung von Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, und anschließend :

Opfer des Sozialstaats mit sozialer Zerschlagung seit 2011, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010, mit verfassungswidrigem und Opfer verhöhndem Übermaß

mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit judikativem Boykott und mit Sabotage des Schadenersatzes durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung

mit Rentenplünderung-Skandal: Monatliche Pfändung bis zum Limit auf Pfändung-Schutzkonto zum Schutz gegen staatliche Übergriffe, auch ohne

vorliegendem Pfändungsbeschluss, ohne Unterschied auf alle Einnahmen.
mit Datenschutz-Skandal, mit Hass im SCHUFA-Netz, mit einer Hassgemeinschaft, die vom Richter am Amtsgericht Dr. Krieger mit einer Videowand-Vernetzung auf Wählleitung-Basis im Verfahren 10 C 211/24 (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24) installiert wurde.

Grundrechte sind Ewigkeitsrechte und auch nicht durch Deutschen Bundestag veränderbar

Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG:

**auf Wiederaufbau des zerschlagenen Familienunternehmen,
auf Entschädigung für materielle und immaterielle Nachteile am Wohnort
und am Geburtsort**

aus lebenslanger Familien-Zerschlagung seit 1941,
aus politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Für das zerschlagene Familien-Unternehmen, einzige Existenz-Grundlage der Familie bei Zerschlagung vor über 25 Jahren mit anschließender Verweigerung des Wiederaufbaus und Erzwingung der Auflösung ansehnlicher Altersrücklagen bis 2010, mit zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag (2010-2011),

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz mit mehreren KI-Congressen,
fordert gemäß grundgesetzlichem Anspruch nach Art.34 GG einen angemessenen Schadenersatz, wie bereits vorgetragen.

Beschwerdeführer will mit Familienstiftung aus Rehabilitierung und Schadenersatz eine

KI-Offensive in Deutschland für Deutschland und Europa!

Er will den jährlichen **Digital-Gipfel** zurück:

Natürlich in Abstimmung mit der neuen, alten Bundesregierung und der EU-Kommission.

Kein Weiter so! Kampf gegen Lüge, Hass und Blindheit ist grundrechtsgleiches Recht nach Art.20. Abs.4 GG

**für Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG.**

Velbert, 27.Juni 2025



Albin L. Ockl

Besonderes Gedenken als persönliche Anzeige des Klägers: > > >

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30f.pdf>

Scroll down after link (page 09)



Wir trauern um

hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Prof. Dr. Horst Köhler, verstorben am 01. Februar 2025, **Bundespräsident a.D.**, Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31. Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25. Mai 2010 um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag in Berlin

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Warnsignal als Hinweis auf enormes Staatsversagen

Dr. Johannes Rau, verstorben am 27. Januar 2006

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf unserer **KOMMTECH 1988**, der 5. Europäischen Kongressmesse für technische Automation in Essen, **KOMMTECH 1986** mit 1. KI-Kongress
1 Jahr vor dem Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88 auf dem Weg zur Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

Dr. Bernhard Vogel, verstorben am 02. März 2025, **Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen**, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten in 1985, **Festredner auf der ONLINE'85 in Düsseldorf**

> > > <https://www.euro-online.de/1984.htm>

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>

Scroll down to ONLINE'85

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat.

Anlässlich der Festrede auf der ONLINE'85 hat das Jugendorchester meines Wohnortes am Gymnasium Velbert aufgespielt mit der **Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel** als musikalischer Rahmen für Innovationsaufbruch und -wachstum.



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur

unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben.

Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,

in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009), wegen verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und deren verfassungswidrigen Missbrauch für politisch motivierte Zerschlagungen, unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage VB-2452 mit Anlage WU-18, WU-18a, VB-2449, VB-2445a), VB-2445b), VB-2445c).

**Schriftsatz vom 26.06.2025 an Amtsgericht Velbert 10 C 286/24
Stellungnahme mit den Kapiteln 05 und 06 nach erzwungenem
Ladetermin 11.06.2025 und zu Anlage VB-2450a)b)c)**

a) Verfügung des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 10.06.2025
(eingegangen am 14.06.2025 nach Gerichtstermin vom 11.06.2025)

b) Sitzungsprotokoll (?) vom 11.06.2025 (eingegangen am 17.06.2025)

Abwehr von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-
Grundversicherungen (hier Kranken-Grundversicherung)
am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24) mit

Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 (2 BvR 818/25) gegen

1. Ladung des Amtsgerichts Velbert vom 20.Feb.2025 – 10 C 286/24

2. den Beschluss des Amtsgerichts Velbert (ohne Datum) 10 C 234/24
(Richterablehnung)

> 05. Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 (2 BvR 818/25)

gegen 1. Ladung des Amtsgerichts Velbert vom 20.02.2025 (10 C
286/24)

gegen 2. den Beschluss des Amtsgerichts Velbert (ohne Datum) 10 C
234/24 (Richterablehnung)

**Abwehr von rechtswidrigen und verfassungswidrigen
Rechtsanwendungen mit sofortiger Beschwerde unter einer
disfunktionalen Beschwerde-Instanz bei**

**Abwehr von verfassungswidrigen Güteverfahren zu neuer Klage
gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 mit
Richterblockade durch Richterlüge:**

**Abwehr hemmungsloser sozialer Zerschlagungen mit
verfassungswidrigem Übermaß wegen judikativem Boykott von
Schadenersatz-Verfahren mit Sabotage von weisungsgebundenen
Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten zu
über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld
von enormen Staatsversagen (Anlage VB-2430)**

**mit sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom 01.Nov.2024 und
23.01.2025 und mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO
vom 15.11.2024 und 20.02.2025**

mit Verzögerungsrüge vom 10.März 2025

**mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem
70.Lebensjahr (2011)**

**wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit
1998 (Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-
Höchstleistungen und nachhaltiges Wissensmanagement für
digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz
in Deutschland und Europa**

**Seit 2011: Soziale Zerschlagungen ausschließlich durch
Verweigerung von Schadenersatz seit 2011 verursacht und
aufgezwungen, waren vermeidbar.**

**Soziale Zerschlagungen als niederträchtigste Form der
Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen (Z4) mit
verfassungswidrigem Übermaß (Z5)**

**Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 mit den Kapiteln
BVERFG-418, BVERFG-419**

**> 06. Gerichte , Verfahren und Instanzen übergreifende
Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 mit Schriftsatz vom
24.April 2025 an Landgericht Wuppertal 16 T 256/24 gemäß
Anlage WU-18**

Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 (2 BvR 818/25) gegen

1. Ladung des Amtsgerichts Velbert vom 20.Feb.2025 – 10 C 286/24
2. den Beschluss des Amtsgerichts Velbert (ohne Datum) 10 C 234/24 (Richterablehnung), weil Gerichtsverfahren verfassungswidrig ist
Bestätigung der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 818/25 vom 06.06.2025 (eingegangen am 14.06.2025) gemäß Anlage WU-18 a
Antrag auf Stornierung des Ladetermin 11.06.2025 vom 10.06.2025 an Amtsgericht Velbert (10 C 286/24) gemäß Anlage VB-2449
Richterliche Begründung der Verfügung zurückzuweisen aus vielfältigen Gründen

Anlage VB-2448 Anzugreifende Hoheitsakte des Landgerichts

Wuppertal aus Verfassungsbeschwerde vom 6.Juni 2025 (Fax vom 10.06.2025) >>> liegt vor

Verfassungsbeschwerde gegen anzugreifende Hoheitsakte des Landgerichts Wuppertal 16 T 256/24 (Anlage VB-2448) gegen

a) Beschluss 16 T 256/24 (10 C 234/24 Amtsgericht Velbert)

vom 08.05.2025 (eingegangen am 27.05.2025)

b) Verfügung 16 T 256/24 vom 12.05.20 25 (eingegangen am 27.05.2025)

c) Verfügung 16 T 256/24 vom 15.04.2025 mit Beschluss 10 C 234/24 Amtsgericht Velbert vom 10.04.2025 (beide eingegangen am 23.04.2025)

Anlage VB-2449

Mit Verfügung am Amtsgericht Velbert abgelehnt gemäß Anlage VB-2450

Antrag auf Stornierung des Ladetermins 11.06.2025 per Fax an Amtsgericht Velbert 10 C 286/24 vom 10.06.2025 mit Anlage der

Verfassungsbeschwerde vom 06.06.2025 gegen Landgericht

Wuppertal 16 T 256/24 - Übersicht 2 Seiten mit Internet-Zugriffsmöglichkeiten:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf>

Scroll down after link (page 173)

Die detaillierten Ausführungen zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 24.04.2025 an das Landgericht Wuppertal sind zusätzlich

nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku (per Post an

Bundesverfassungsgericht nachgereicht: Anlage VB-2451)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf>

Scroll down after link (page 80) Sieh Anlage VB-2449a)

Anlage VB-2449a / Anlage VB-2451

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Landgericht Wuppertal vom 24.04.2025 gegen Landgericht Wuppertal 16 T 256/24

Anlage VB-2449b

Verfassungsbeschwerde vom 06.06.2025 gegen Landgericht

Wuppertal 16 T 256/24 wurde zeitgleich an BVERG gefaxt

Verfassungsbeschwerde vom 06.06.2025 mit 2 Sendeprotokolle

Anlage VB-2450a)

Verfügung des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom

10.06.2025 (10 C 286 Amtsgericht Velbert, eingegangen am

14.06.2025 nach Durchführung des Ladetermin am 11.06.2025)

Anlage VB-2450b)

Sitzungsprotokoll (?) vom 11.06.2025 (eingegangen am 17.06.2025)

mit Ergänzungsbedarf

z.B. Dauer der Sitzung (15 Min. geschätzt)

Anlage VB-2450c)

Schreiben vom 28.05.2025 des Unterbevollmächtigten

RA Ronald Kunze (eingegangen am 05.06.2025) gemäß Mitteilung des

Amtsgerichtes Velbert vom 28.05.2025

Anlage VB-2451 mit den Anlagen VB-2430, WU-16/16a, VB-2431, VB-2436, WU-18

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO an Landgericht Wuppertal 16 T 256/24 vom 24.04.2025

mit wiederholtem Antrag auf unabhängiges Mehrriechterverfahren nach Verzögerungsrüge an Amtsgericht Velbert unter Ausnahmebedingungen wegen Verzögerung der Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz mit grundgesetzlichem Anspruch auf Wiederaufbau des Familienunternehmens nach Art.34 GG mit Eskalation von 2. Güteverfahren zu 4 Hassverfahren, mit massiver Wahlbeeinflussung und Fortsetzung verfassungswidriger Rentenplünderungen durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, nach erneuter Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 und sofortiger Beschwerde vom 01.11.2024 wegen judikativem Boykott am Landgericht, an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin: Amtsgericht Velbert 10 C 234/24, 10 C 286/24, 26 OWi 84/22(523 Js 814/22) und Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 Anlage VB-2430 gemäß Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 Anlage WU-16/16a gemäß Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 > > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf>

Scroll down after link (page 80)

Anhörungsrüge umfasst die Kapitel LGW-15, LGW-16, LGW-17.

LGW-15. Disfunktional:Sofortige Beschwerde vom 01.11.2024 an Landgericht entgegen Bezeichnung nicht mehr zeitnah zu bewerten

Inzwischen Eskalation des Klageverfahrens mit sofortiger Beschwerde zu Gegenklagen unter Leitung eines Richters für alle Fälle einschließlich Beschwerdefall und weitere skandalöse Rentenplünderungen durch weisungsgebundene Staatsanwälte im Rahmen einer verfassungswidrigen Unrechtsverkettung durch unsolidarische Kostentilgung der deutschen Einheit parallel zur Solidaritätszulage seit 1995 mit Eskalation zu skandalösen Staatsversagen

LGW-16. Stellungnahme (Punkte a bis m) zu

Beschluss 10 C 234/24 des Amtsgericht Velbert vom 10.04.2025 in Zusendung vom Landgericht Wuppertal mit Verfügung 16 T 256/24 vom 15.04.2025 (eingegangen am 23.04.2025) und Zugehöriges Klage vom 03.10.2024 mit der Überschrift

„ Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitation, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren“

umfasst die Kapitel AGV-01 und AGV-02 auf 141 Seiten inkl.

Anlagen VE-01, VE-02, VE-03, VE-04, VE-05.

mit separater Beilage von 6 ISBN-nummerierten Congressbänden der ONLINE'84, Katalogen und Infomaterial „ONLINE unterm Funkturm“ als **Leihgabe** aus dem Congressmesse-Archiv (ONLINE1984, 2 Jahre vor der 1.CEBIT)

LGW-17. Unabhängiges Mehrriechter-Verfahren angemessen, weil . . .

skandalöses Staatsversagen mit verfassungswidrigem Übermaß im Gefolge bei Kostentilgung der deutschen Wiedervereinigung mit katastrophalen Folgen nach verfassungswidriger UMTS-Auktion 2000 bis zum Rücktritt eines hochgeschätzten Bundespräsidenten, mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Datenschutz-Skandal, Rentenplünderung-Skandal, sozialen Zerschlagungen, mit verfassungswidrigen Strafverfahren, mit

judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung seit 2011, mit Nonstop-Gerichtsverfahren in Berlin, in Bayern und in NRW, nach Niederschlagung von Petitionen an Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag mit Rücktritt des **Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler** mit sofortiger Wirkung als unterdrücktes Warnsignal vor Fortsetzung von enormen Staatsversagen bei Kostentilgung der deutschen Einheit, mit Niederschlagung gegen Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz mit professionellem, nachhaltigem Wissensmanagement Niederschlagung von Petitionen gegen weitere Familienmitglieder vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung seit Hitler und Stalin.

Aus aktuellem Anlass: Kostentilgung nach deutscher Wiedervereinigung ist eine Solidaritätsaufgabe, die heute noch nicht beendet ist.

Solidaritätszuschlag, 1995 eingeführt, ist verfassungsgemäß (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26.03.2025) Maximierung des Auktionsbetrages der UMTS-Auktion 2000 zur Kostentilgung der deutschen Einheit ohne solidarische Rücksichtnahme auf Familien-Unternehmen, Ihre Beteiligten und Angehörige, die diesen gigantischen Markteingriff in den Innovationsbereich der Digitalbranche nicht überstanden haben, ist verfassungswidrig, weil Eliminierung der digitalen Innovationselite und Zerschlagung der Europäischen Congressmessen mit den weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz und professionellem Wissensmanagement (bis heute ohne Vergleich), Zerschlagung der Existenz-Grundlage mit der erzwungener Flucht in Pfändungsschutz-Konto, das nach wie vor ohne Rehabilitierung und Schadenersatz unverzichtbar ist.

Anträge.

Mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge wurde beantragt:
Unverzügliche Einstellung des absolut sinnlosen Ladetermins eines weiteren Verfahrens der sozialen Zerschlagung (siehe Anlage **VB-2436a zu Amtsgericht Velbert 10 C 286/24 mit gleichem Richter, mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge auch zu diesem Verfahren am Landgericht erteilt**),
um mit einem unabhängigen Mehrrichter-Verfahren eines Rechtsstaates (einschließlich Sozialstaat) zu Rehabilitierung, Schadenersatz (Z1, Z2, Z3, Z4, Z5) gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG unterbrechungsfrei und verzögerungsfrei (siehe Verzögerungsrüge) fortfahren zu können.
Unabhängiges Mehrrichter-Verfahren ist mit Klageerhebung beantragt und wurde seitdem mehrfach angemahnt.

Anlage VB-2430

Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025)
des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)

Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Anlage VB-2431 mit Anlage VE-14 und VE-15

Rechtsmittel der Verzögerungsrüge mit Schriftsatz vom 10. März 2025:

**Verzögerungsrüge unter Ausnahmebedingungen wegen
Verzögerung der Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit
grundgesetzlichem Anspruch auf Wiederaufbau des
Familienunternehmens nach Art.34 GG**

mit Eskalation von 2. Güteverfahren zu 4 Hassverfahren,
mit massiver Wahlbeeinflussung und Fortsetzung
verfassungswidriger Rentenplünderungen durch
weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des
beklagten Bundeskanzleramtes.

AGV-13. Aus aktuellem Anlass:

Prof. Dr. Horst Köhler * Dr. Johannes Rau * Dr. Bernhard Vogel

> Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten Köhler
mit sofortiger Wirkung nach Eingang der Bitte des Klägers
um Unterstützung zu Petitionen in 2010 an den
Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag
> Ministerpräsident und später Bundespräsident Rau
als Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf
den Europäischen Congressmessen des Klägers mit mehrtägigen
Congressen für Künstliche Intelligenz

> Ministerpräsident Vogel, erster Ministerpräsident als
Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten
auf den Europäischen Congressmessen des Klägers
**Politisch motivierte Zerschlagungen des Klägers seit 1998 unter
persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“
gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre die
Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?

> Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
seit 1998, Gründungsjahr von Google,
> über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer
Zerschlagung im 84. Lebensjahr, mit verfassungswidrigem
Übermaß von 2x Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal
und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.

Wendepunkt für Deutschland, sich ehrlich zu machen:

Kläger hat grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und
Schadenersatz (Art.34 GG).

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an
seinem Lebenswerk nachgewiesen,
in besonderen Gedenken an zwei aufeinanderfolgende
hochgeschätzte Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und
einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer
zwischen Ost und West**

**AGV-14. Erzwingung von Verzögerungsrügen mit
Ausnahmebedingungen nach**

Fortsetzung der Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto

durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter judikativer Verantwortung des Amtsgerichtes Velbert, Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen seit 2013:

> > > [Verfassungswidrige Kontopfändungen](#)

> für judikativem Boykott der 1. und 3.Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Kosteneinziehungsstelle der Justiz beim Amtsgericht Spandau (Anlage VE-14)

nach judikativem Boykott der 2.Klage am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15, 2 O 163/16)

nach judikativem Boykott der 1.Klage an den Verwaltungsgerichten Köln / Berlin

> für verfassungswidrige Sozialversicherungen.

> > > [Rechtsmittel der Verzögerungsrüge gegen Amtsgericht](#)

[Velbert](#) gemäß §198 GVG nach ständigen Justizversagen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011

mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes und mit ständigem Richterboykott gegen grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG [wegen Verhinderung eines rechtsstaatlichen Mehrrichter-Verfahrens](#) mit einem Richter, der per Gesetz von der Verfahrensdurchführung ausgeschlossen ist.

> > > [Verfassungswidriger Missbrauch der Justiz mit enormen Staatsversagen nach](#)

[über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen wegen](#)

[Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen](#)

[Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977](#)

[für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz.](#)

[Rechtsmittel der Verzögerungsrüge wegen Verschleppung eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu Wiederaufbau des Familienunternehmens \(Familienstiftung\) mit](#)

[Weltklasseleistungen, von Weltklasseleistungen für digitale Evolution zu Weltklasseleistungen einer KI-Offensive, mit grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und wegen Rüge fortgesetzter und verfassungswidriger Rentenplünderungen auf Pfändungsschutzkonto, zeitgleich zu Klageverfahren mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage, mit verfassungswidrigem Shitstorm einer Hassgemeinschaft.](#)

[Staatsanwaltliche Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz wegen grundgesetzlichem Anspruch auf Wiederaufbau des Familienunternehmens \(Familienstiftung\) mit ausgewiesenen Weltklasseleistungen nach Art.34 GG gemäß Kapitel LGW-12](#)

[Klageverfahren seit 2011 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin \(2010\) und Bayerischen Landtag in München \(2010\)](#)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Anlage VE-15 Anlage VB-2431

[Verzögerungsrüge mit Ausnahmebedingungen](#) gemäß vorstehenden Ausführungen in Kopie an das Bundesverfassungsgericht

Anlagen VE-14 Anlage VB-2431

[Verfassungswidrige Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto vor dem Hintergrund von enormen Staatsversagen mit totalem Justizversagen.](#) Im Zusammenhang zu VE-14 a) und

VE-14 d) ist auf private und persönliche Beziehungen des heutigen Bundespräsidenten und seiner Frau zum Verwaltungsgericht Berlin sowie auf seine persönliche Verantwortung als Kanzleramt-Chef zur UMTS-Aktion2000 hinzuweisen. Dies nur zum besseren Verständnis.

VE-14 a) Verfassungswidrige Pfändung zu Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin mit abschließenden Richterboykott zu politisch motivierten Zerschlagungen seit über 25 Jahren

VE-14 b) Erste Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto

VE-14 c) Zweite Pfändung von Rechtsanwaltskosten zu verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto

VE-14 d) Pfändungs- und Überweisungsbeschluss zu VE-14 a)

Anlage VB-2432

Beschluss 10 C 234/24 Amtsgericht Velbert (ohne Datum, eingegangen am 14.03.2025)

zu einem Befangenheitsverfahren, das vom Kläger nicht beantragt wurde, in dem eine Dienstliche Äußerung (siehe **Anlage WU-16**) des Richters aufgezwungen wurde, obwohl er per Gesetz und entgegen Klageeröffnung vom 10.03.2025 ausgeschlossen ist und obwohl er **mit einer Lüge** die Klageeröffnung unterdrückt hat (Zeuge: Herr Frank, Justizbeschäftigter am Amtsgericht Velbert)

Anlage VB-2433

Skandalös & verfassungswidrig

mit Androhung von **Freiheitsberaubung** VB-2433a) gemäß

Antwort/Fax vom 20.03.2025 an Richterin Zankl am Amtsgericht Velbert

a) Schreiben der Richterin Zankl am Amtsgericht Velbert vom 11.03.2025 (eingegangen am 14.03.2025) zu einem verfassungswidrigen Urteil vom 24.02.2023, das mit Rechtsbeschwerde und mit anschließender Verfassungsbeschwerde abgewehrt wurde

b) Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (Übersicht), weil Verfassungswidriger Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 87)

c) Rechnung der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 13.03.2025 zu verfassungswidrigen Bußgeldverfahren mit verfassungswidriger Fortsetzung von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren mit

d) Verfassungsbeschwerde vom 11.02.2025 mit den Anlagen

Verfassungsbeschwerde mit Anlagen VB-ME03, VB-ME04

gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024/ 01.09.2024 zu Hauptverhandlung vom 09.07.2024

und **Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit weiteren Beschluss vom 06.02.2025 (eingegangen am 08.02.2025) mit qualifiziertem Rechtsbeschwerdeverfahren unter Verhinderung einer staatsanwaltlichen Manipulation**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 408)

e) Erneuter Eingang des verfassungswidrigen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 (eingegangen am 14.03.2025)

Anlage VB-2434

a) Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf S 46 P 385/24 vom 05.03.2025 (eingegangen am 13.03.2025) mit diversen Unterlagen des Sozialversicherungsträgers mit **verfassungswidrigen**

Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto mit Rentenplünderungen durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch beklagte Bundesregierung

b) Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Düsseldorf S 46 P 302/24 vom 05.03.2025 (eingegangen am 13.03.2025) mit Verurteilung des Beschwerdeführers mit der verhöhnenden Behauptung, der Beklagte berufe sich auf „hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen“ mit der Möglichkeit der Berufung am Landessozialgerichts NRW innerhalb eines Monats.

c) Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Düsseldorf S 46 P 385/24 vom 05.03.2025 (eingegangen am 13.03.2025) mit Verurteilung des Beschwerdeführers mit der verhöhnenden Behauptung, der Beklagte berufe sich auf „hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen“ mit der Möglichkeit der Berufung am Landessozialgerichts NRW innerhalb eines Monats. Das Sozialgericht sieht ein „erkennbares Interesse“ des Beklagten, der nach **über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für die digitale Evolution in Deutschland und Europa auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz**

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen einschließlich einschließlich soziale Zerschlagung ertragen muss vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung und im **Umfeld von enormen Staatsversagen.**

Anlage VB-2435: Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

a) Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 7.März 2025 gegen Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit Opferkriminalisierung am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

Kein Weiter so in Gedenken an zwei hochgeschätzte Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten anlässlich der Übertragung der Berufung in den Beschlüssen der beiden Berufungsverfahren L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24 und Stellungnahme zu den Beschlüssen vom 20.02.2025 (eingegangen am 24.02.2025)

LSG-61. Zielführend: Ganzheitliche Problemlösung ohne Inanspruchnahme des Bundessozialgericht

> Deutschland hat uns über 25 Jahre die Hölle und ihre „Teufel“ gezeigt, nach der Zerschlagung: Über 25 Jahre die Menschenrechte mit Füßen getreten. Wie viele weitere Jahre?

> Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google,

> über 15 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr, mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.

Wendepunkt für Deutschland, sich ehrlich zu machen: Berufungskläger hat grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz (Art.34 GG).

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen, in besonderen Gedenken an zwei aufeinanderfolgende hochgeschätzte Bundespräsidenten (1999-2004-2010) und einen hochgeschätzten Ministerpräsidenten, Brückenbauer zwischen Ost und West

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 123)

b) Übertragung der Berufung vom 15.Juni 2024 zu verfassungswidrigen Mehrfachbescheiden mit den Aktenzeichen **L 5 P 110/24:** S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf) **L 5 P 105/24:** S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf) und Stellungnahme zu den Beschlüssen vom 20.02.2025 (eingegangen am 24.02.2025) am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

c) Schriftsatz vom 04.02.2025 an Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

Vorzeitige Fortsetzung Nr.2 eines sozialgerichtlichen Berufungsverfahrens mit Besorgnis einer Verfahrenskollision wegen neuer Klage vom 03.Okt.2024 wegen Rehabilitierung und längst fälligem, angemessenem Schadenersatz.

mit neuer Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 gegen Amtsgericht Velbert wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren anstatt Einzelrichter mit einem Datenschutz-Skandal hinter einer vernetzten Videowand und jetzt auch wegen lebenslanger Familienzerschlagung

> > > **Anspruch auf Entschädigung** wegen sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 gemäß Schriftsatz vom 1.Okt.2024 ist einzuklagen.

> > > Anspruch auf nicht diskriminierende soziale Grundversicherungen bis heute ohne Gehör.

Daher Antrag auf Gerichte übergreifende Güte-Lösung für grundgesetzlichen Anspruch auf eine Entschädigung nach Art.34 GG, weil das Zerschlagungsopfer seit 2010 gezwungen ist, simultan,

Gerichte und Instanzen übergreifend bis zum

Bundesverfassungsgericht, pausenlos, ohne Rechtsanwalt, ohne Unterbrechung an Weihnachten, an Ostern, an Wochenenden und ohne Urlaub seit 2010 für die Justiz zu arbeiten:

dank judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und angemessene Güteverhandlung gemäß Art.34 GG unter Weisungsdruck der zu beklagenden Bundesrepublik seit 2010 nach Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag und jetzt mit Ampel-Aus.

LSG-59. Faktenlage (Fortsetzung vom 04.2.2025 bis BVERFG-417.):

Über 80 Jahre politisch motivierte Familienzerschlagung

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google:

Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen!

Auch in Zukunft. Daher Vorrang für Rehabilitierung und angemessenen Schadenersatz
wegen Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, und
über 10 Jahre soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr,
mit verfassungswidrigem Übermaß von 2xFreiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und mit Datenschutz-Skandal u.a.m.
Ewigkeitsgarantie des Art.79 Abs.3 GG für Grundrechte
Gegen Opferkriminalisierung-Wahnsinn und Schadenersatz-Sabotage-Wahnsinn durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt (Anlage LSG-42, LSG-41)
LSG-60. In Gedenken an Bundespräsident a.D. Horst Köhler
Berufungskläger in Trauer zu
9.Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Horst Köhler, verstorben am 01.Feb.2025.
Wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit einem im Gerichtsbezirk total atypischen Familien-Unternehmen! Mit jährlichen, nachhaltigen Weltklasse-Veranstaltungen in den größten Congress Centren Deutschlands. Voll digitalisiert im Jahr 2000.
Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen

Anlage VB-2436: Erneute Verfassungsbeschwerde wegen Abwehr einer verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 (Anlage WU-13), nach sofortiger Beschwerde vom 23.01.2025 (Anlage VB-2436 c) nach Anhörungsrüge vom 20.02.2025 in Anlage VB-2436 b)

Anlage VB-2436 a) Nicht mehr nachvollziehbar

Ladungen in 2facher Ausfertigung ohne und mit Richterverfügung
Anlage VB-2436 b) mit Anlage 01FEB, Anlage WU-16, Anlage WU-15, Anlage WU-14, Anlage WU-14, Anlage VB-2428

Schriftsatz vom 20.02.2025 an Amtsgericht Velbert 10 C 286/24

Abwehr von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen (hier Kranken-Grundversicherung) am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24) mit

disfunktionaler Beschwerde-Instanz:(Anlage 01FEEB)

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO am Landgericht Wuppertal gegen **Amtsgericht Velbert 10 C 286/24**

mit Schriftsatz vom 19.02.2025 (**Anlage 01FEEB**)

nach Schriftsatz vom 20.01.2025 (mit

Zurückweisung und Bekämpfung des verfassungswidrigen Shitstorm von Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 mit verfassungswidrigem Übermaß (Hetze bis in den Tod, Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal u.v.a.m.) mit neuem Gerichtsverfahren vom 30.12.2024 (eingegangen am 08.01.2025)

ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte nach Art.6 der Europäischen Menschenrechtskommission (MRK) und entsprechender deutscher Grundrechte und grundrechtsgleicher Rechte.

Daher Zurückweisung und Widerstand gegen verfassungswidrige Verfügung einschließlich ergänzendem Vortrag mit aktueller Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025.

Anlage VB-2436 c) mit Anlage LG-12 Erweiterung mit c,d und e Anlage VB-2428

Landgericht Wuppertal (16 T 256/24) mit sofortiger Beschwerde (Schriftsatz vom 23.Jan.2025) informiert.

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 384)

Mitteilung über Rechtsmittel der Anhörungsrüge mit Unterschrift auf Seite 12:

04. Abwehr von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen (hier Kranken-Grundversicherung) am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO am Landgericht Wuppertal gegen Amtsgericht Velbert 10 C 286/24 mit Schriftsatz vom 19.02.2025 mit den Kapiteln 02 und 03:

Anlage 01FEB (Anlage VB-2436)

Schriftsatz vom 19.02.2025 an Landgericht Wuppertal mit Anlage WU-17, Anlage WU-16, Anlage WU-15, Anlage WU-14, Anlage WU-13

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO am Landgericht Wuppertal gegen **Amtsgericht Velbert 10 C 286/24**

nach Schriftsatz vom 20.01.2025 mit

Zurückweisung und Bekämpfung des verfassungswidrigen Shitstorm von Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 mit verfassungswidrigem Übermaß (Hetze bis in den Tod, Freiheitsberaubungen, Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal u.v.a.m.) mit neuem Gerichtsverfahren vom 30.12.2024 (eingegangen am 08.01.2025)

ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte nach Art.6 der Europäischen Menschenrechtskommission (MRK) und entsprechender deutscher Grundrechte und grundrechtsgleicher Rechte.

Daher Zurückweisung und Widerstand gegen verfassungswidrige Verfügung einschließlich ergänzendem Vortrag mit aktueller Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025.

Landgericht Wuppertal (16 T 256/24) mit sofortiger Beschwerde (Schriftsatz vom 23.Jan.2025) informiert.

Begründung der Anhörungsrüge

02. Beschwerdeführer: Über 25 Jahre Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum, danach: > >

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, seit 2011 nach Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München wegen Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz u.a.

am Landgericht Wuppertal 2 O 70/15, 2 O 163/16

und mit Erzwingung verfassungswidriger sozialer

Grundversicherungen am Landgericht Wuppertal 7 O 314/12 und am Sozialgericht Düsseldorf / Landessozialgericht NRW in Essen

ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte nach Art.6 der Europäischen Menschenrechtskommission (MRK) und entsprechender deutscher Grundrechte und grundrechtsgleicher Rechte

Justiz, längst mit disfunktionaler Beschwerdeinstanz, kontert:

Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatlichen Übergriffen bis zum Limit mit und ohne Pfändungsbeschluss

Datenschutz-Skandal unter Beteiligung des

Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers mit Hass im SCHUFA-Netz und mit vernetzter Hassgemeinschaft >

Totales Versagen deutscher Justiz im Gerichtsbezirk Wuppertal:

Verfassungswidrige Fortsetzung der politisch motivierten

Zerschlagungen mit juristischen Mitteln ohne Chance auf

Rehabilitierung und Schadenersatz und ohne Respektierung von Grundrechten:

Niederschlagung aller Güteverhandlungen mit Überflutung von

verfassungswidrigem Shitstorm von manipulierten Nonstop-

Gerichtsverfahren seit 2011 vor der Bundestagswahl 2025,

um Rehabilitierung und Schadenersatz zu über 25 Jahren

andauernden politisch motivierten Zerschlagungen zu

boykottieren und zu sabotieren vor dem

Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung seit Hitler

Richterwechsel ohne Begründung: Beschluss durch Richter am

Amtsgericht Dr. Krieger anstatt Richterin am Amtsgericht Kunze.

Beschwerde-Richterin am Landgericht Wuppertal Dr. Ludwigkeit:

Sprachlos und tatenlos am Beschwerdegericht, einzige

Beschwerde-Tätigkeit: Mitteilung vom 20.11.2024 (eingegangen am

Heiligabend, 24.12.2024), dass am 07.11.2024 eine sofortige

Beschwerde eingegangen ist, nach Nonstop-Gerichtsverfahren

seit 2011.

Deutschland hat dem Beschwerdeführer ein Leben lang die Hölle und ihre Teufel gezeigt!

Wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit einem im Gerichtsbezirk

total atypischen Familien-Unternehmen! Mit jährlichen,

nachhaltigen Weltklasse-Veranstaltungen in den größten

Congress Centren Deutschlands. Voll digitalisiert im Jahr 2000.

Jetzt mit Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal und

Androhung am Amtsgericht Velbert: Sie können den Prozess

verlieren! Ohne Respektierung von Grundrechten.

> > > Beschwerdeführer in Trauer zu 9. Bundespräsidenten der

Bundesrepublik Deutschland Horst Köhler, verstorben am

01.Feb.2025, Staatsakt am 18.Feb.2025 in Berliner Dom

Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit

1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971,

durchgeführt in Deutschland, Österreich und Schweiz, sind das

herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz

für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in

Deutschland und Europa ist längst erwiesen.

03. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO an

Landgericht Wuppertal gegen Amtsgericht Velbert 10 C 286/24

wegen Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit

sozialer Zerschlagung (Z4, Z5).

Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen

Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen

Übergriffen

Erneuter Beweis der sozialen Zerschlagung eines

Opferkriminalisierung-Wahnsinn mit Vorlage von Opfer

verhöhrenden Geldforderungen des Sozialversicherungsträgers

Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto mit und

ohne Pfändungsbeschluss

Datenschutz-Skandal unter persönlicher Verantwortung des

Prozessbevollmächtigten mit Hass im SCHUFA-Netz

Verfassungswidriges Übermaß mit Datenschutz-Skandal, mit Rentenplünderung-Skandal, mit mehrfacher Freiheitsberaubung mit JVA-Service für skrupellose Staatsanwälte, mit massiver Wahlbeeinflussung und Wahlbehinderung der anstehenden Bundestagswahl 2025 mit verfassungswidrigem Shitstorm unter Verantwortung weisungsgebundener Staatsanwälte, mit strafbarer Rechtsbeugung in exponierten Situationen, mit Richterwechsel ohne Erklärung, mit gesetzwidrigem Versuch einer Aufzwingung von nicht beantragten Befangenheitsverfahren anstatt gesetzlich geregelter Richterausschluss in paralleler Klage gegen das Bundeskanzleramt

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 338)

Anlage WU-17 (Anlage 01FEB, Anlage VB-2436)

Alt Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Staatsakt für den ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler am 18.Feb.2025 im Berliner Dom (Gegnerin im Konflikt von 2 Staatsorganen), Rücktritt des Bundespräsidenten mit sofortiger Wirkung am 31.Mai **2010** nach Eingang des Schreibens vom 25.Mai **2010** mit der Bitte um Unterstützung seiner Petition an den Deutschen Bundestag durch das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Prof. Dr. Horst Köhler, verstorben am 01.Februar 2025, **Bundespräsident a.D.**, Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31.Mai **2010** (Ergebnis einer Konfliktsituation zwischen 2 Staatsorganen) unmittelbar nach Eingang meines Schreibens vom 25.Mai **2010** mit Bitte um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Anlage WU-16 (Anlage 01FEB, Anlage VB-2436)

Zusendung des Amtsgerichtes Velbert 10 C 234/24 vom 10.02.2025 (eingegangen am 15.02.2025) mit Anforderung einer Stellungnahme binnen 2 Wochen:

Gesetzwidriger Versuch der Aufzwingung eines Befangenheitsverfahrens mit dienstlicher Äußerung des abgelehnten Einzelrichters anstatt gesetzlich regeltem Richterausschluss wegen **Anspruch auf unabhängiges Mehrriechterverfahren mit Respektierung des Grundgesetzes** zur Klage gegen das Bundeskanzleramt mit Weisungsdruck auf weisungsgebundene Staatsanwälte, inzwischen mit Verfahrensfortschritt bis zur Verfassungsbeschwerde in einem Instanzen überschreitendem Verfahren zu grundgesetzlichem Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit über 25 Jahren vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung.

Anlage WU-15 (Anlage 01FEB, Anlage VB-2436)

Zusendung des Amtsgerichtes Velbert 10 C 286/24 vom 03.02.2025 (eingegangen am 07.02.2025) mit Geldforderungen der Klägerin und ihrer Prozessbevollmächtigten vom 31.01.2025 als **Nachweis der sozialen Zerschlagung** mit einer verfassungswidrigen Kranken-Grundversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto mit ständiger Pfändung bis zum Limit (Rentenplünderung-Skandal), mit Anlagenkonvolut K4 ohne Beweis K1, K2.

Soziale Zerschlagung als niederträchtigste Form der Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter der Altbundeskanzlerin nach Niederschlagung der Petition am Deutschen Bundestag, in deren Verlauf der in der Bevölkerung und insbesondere in der Wirtschaft **sehr geschätzte Bundespräsident** mit sofortiger Wirkung zurückgetreten ist: Sieh Anlage WU-17.

Anlage WU-14 (Anlage 01FEB, Anlage VB-2436)

Beschluss vom 27.01.2025 mit Fristsetzung für Klägerin durch Richter am Amtsgericht Velbert Dr. Krieger (eingegangen am 31.01.2025) nach Einleitung des Gerichtsverfahrens durch Richterin am Amtsgericht Kunze mit Schreiben vom 30.12.2024 (eingegangen am 08.01.2025) (Anlage VB-2428 in Schriftsatz vom 23.Jan.2025 an Landgericht Wuppertal 256/24 und in Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 und vom 01.12.2024 nach sofortiger Beschwerde vom 01.11.2024 und Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 15.11.2024)

Anlage VB-2437 mit Anlage WU-13, Anlage VB-2428

Schriftsatz vom 20.01.2025 an Amtsgericht Velbert 10 C 286/24:

Zurückweisung und Bekämpfung des verfassungswidrigen Shitstorm von Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 mit verfassungswidrigem Übermaß (Hetze bis in den Tod, Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal u.v.a.m.) mit neuem Gerichtsverfahren vom 30.12.2024 (eingegangen am 08.01.2025)

ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte nach Art.6 der Europäischen Menschenrechtskommission (MRK) und entsprechender deutscher Grundrechte und grundrechtsgleicher Rechte.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 334)

Daher Zurückweisung und Widerstand gegen verfassungswidrige Verfügung einschließlich ergänzendem Vortrag mit aktueller

Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025.

Landgericht Wuppertal (16 T 256/24) mit sofortiger Beschwerde informiert.

01. Gegenstand des Verfahrens: Verfassungswidriger

Mahnbescheid zu sozialer Zerschlagung (verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto mit Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal (verfassungswidriges Übermaß) seit 2010.

Grundrechtsgleicher Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG zu respektieren gegen verfassungswidrige Verfügung inkl. sofortigen, ergänzenden Vortrag durch Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025

Einspruch gegen neues Hassverfahren am Amtsgericht Velbert (10 C 286/24, eingegangen am 08.01.2025, 1 Tag nach Abgabe des Schriftsatzes vom 01.01.2025 zu Güteverfahren vom 03.10.2024 mit Verfassungsbeschwerde).

Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind verfassungswidrig

Sieh **Anlage WU-13**, Seite10, auszugsweise:

BVERFG-416. Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google (Google zeigt, was möglich ist mit Weltklasse-Höchstleistungen ohne politisch motivierte Zerschlagungen)

Beschwerdeführer: Über 25 Jahre Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum, danach: über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

**Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts
Wuppertal am Amtsgericht Velbert:**

**2 Güteverfahren als Hassverfahren nach zweimaliger Anrufung
des Bundesverfassungsgerichts mit anschließendem
verfassungswidrigen Shitstorm (Hassverfahren)**

**Soziale Zerschlagung (Fortsetzung politisch motivierter
Zerschlagungen (Z4, Z5) mit verfassungswidrigen Sozial-
Grundversicherungen parallel am Amtsgericht und am
Sozialgericht**

**mit verfassungswidrigen Mahnbescheiden, daher Widerspruch am
Amtsgericht Mayen, als Fortsetzung
mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (14 Jahre parallel und
hintereinander ohne Abhilfe)**

**Verfassungswidrige Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010
mit monatlichen Pfändungen bis zum Limit, als Dauereinrichtung
mit und ohne Verwendungszweck, mit und ohne Beschluss,
mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5):**

**Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal,
Freiheitsberaubung mit JVA-Service für Staatsanwälte**

**> Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum
Schutz vor staatlichen Übergriffen**

**wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter
persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit
Immunitätsschutz und Datenschutz**

**> Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz unter
persönlicher Verantwortung der Rechtsanwälte des
Sozialversicherungsträgers,**

**> Datenschutz-Skandal mit Erschließung neuer Hasspotentiale im
Gerichtssaal des Amtsgerichtes Velbert mit Videowand-
Vernetzung einer Hassgemeinschaft (Rechtsanwälte des
Sozialversicherungsträgers, weisungsgebundene Staatsanwälte
unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung,
willfährige Richter mit judikativem Boykott von Rehabilitierung
und Schadensatz, Rechtspfleger und Gerichtsvollzieher)**

**> Freiheitsberaubung (2x) mit JVA-Serviceleistungen für
skrupellose Staatsanwälte**

**Richterin am Amtsgericht Kunze: Judikative Verantwortung für
Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal
weisungsgebundener Staatsanwälte auf Pfändungsschutz-Konto
und mit Hass im SCHUFA-Netz**

**Beschwerdeführer will Wiederaufbau seines zerschlagenen
Familien-Unternehmens für Weltklasse-Höchstleistungen mit
Künstlicher Intelligenz als Stiftung aus Schadenersatz nach
25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für digitales
Innovationswachstum mit anschließender Zerschlagung**

**Bruttoinlandsprodukt in Deutschland: - 4,1%(2020), - 0,3%(2023),
- 0,2%(2024)**

**Richterin am Amtsgericht Kunze in Deutschland will Fortsetzung
von Hassverfahren und verfassungswidrige Mahnbescheide trotz
Widerspruch**

**(weil verfassungswidrig: Rechtsanwendungen ohne Respektierung
von Grundrechten sind verfassungswidrig) vollstrecken!**

Ist die Richterin in Deutschland noch tragbar?

**Einspruch gegen neues Hassverfahren am Amtsgericht Velbert
(10 C 286/24, eingegangen am 08.01.2025, 1 Tag nach Abgabe des
Schriftsatzes vom 01.01.2025 zu Güteverfahren vom 03.10.2024
mit Verfassungsbeschwerde)**

**Anlage WU-13: Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025 mit den
Kapiteln BVERFG-415, BVERFG-416, BVERFG-417 liegt vor**

Anlage VB-2428: Siehe Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025

Anlage LG-12: Erweiterung mit c, d und e von

Anlage VB-2428: Verfassungswidriger Shitstorm

Eskalation von 2.Güteverfahren zu 4 Hassverfahren, **massive Wahlbeeinflussung durch weisungsgebundene Staatsanwälte**

a) 1.Hassverfahren: Seite 96 in Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024

Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss

b) 2.Hassverfahren: Verfassungswidrigem Mahnverfahren 10 C 286/24 (Amtsgericht Velbert, eingegangen am 8.Jan.2025, 1 Tag später nach Einwurf des Schriftsatzes an das Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426) Umfang: 26 Seiten, von denen 11 Seiten nicht lesbar sind.

Prozessleitende Verfügung zu verfassungswidrigem Mahnbescheid vor der Bundestagswahl ist anzufechten. Das Verfahren ist als massive Wahlbeeinflussung abzuweisen, weil der Beklagte nicht nur seine Stimme abgeben möchte, sondern aktiv am Wahlkampf teilnehmen möchte.

Beantwortung gemäß e)

c) Richter am Amtsgericht Velbert (10 C 234/24), per Gesetz als Richter unzulässig, daher mit Ablehnungsgesuch, leugnet entgegen Zeugenaussage Unterschrift der Klageeröffnung nach Forderung zur Akteneinsicht, will ohne Beschwerde einfach weitermachen und kein unabhängiges Mehrrichter-Verfahren zulassen: Schreiben vom 06.01.2025 (eingegangen am 10.01.2025).

d) 3.Hassverfahren: Richterin am Amtsgericht Mettmann (32 OWi 543 Js 77/24-46/24) leugnet entgegen vorliegender Verfassungsbeschwerde vom 01.Sept.2024 (AR 5755/24) die Gültigkeit der Rechtsbeschwerde in Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Übermaß (mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto, dieses wegen Schutz vor staatlichen Übergriffen mit monatlicher Rentenplünderung bis zum Limit, mit und ohne Verwendungszweck, mit und ohne Pfändungsbeschluss, . . .), Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind brutal verfassungswidrig! Beantwortung wird termingerecht ausgeführt.

e) Beantwortung vom 20.01.2025 zu b) Verfassungswidriges Mahnverfahren 10 C 286/24 Amtsgericht Velbert:

Zurückweisung und Bekämpfung des verfassungswidrigen Shitstorm von Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 mit verfassungswidrigem Übermaß (Hetze bis in den Tod, Freiheitsberaubung, Rentenplünderung-Skandal und Datenschutz-Skandal u.v.a.m.) mit neuem Gerichtsverfahren vom 30.12.2024 (eingegangen am 08.01.2025)

Ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte nach Art.6 der Europäischen Menschenrechtskommission (MRK) und entsprechender deutscher Grundrechte und grundrechtsgleicher Rechte

Daher Zurückweisung und Widerstand gegen verfassungswidrige Verfügung einschließlich ergänzendem Vortrag mit aktueller Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2025, zu respektieren gemäß Art.20 Abs.4 GG.

Landgericht Wuppertal (16 T 256/24) mit sofortiger Beschwerde informiert.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 334)

Anlage VB-2425

Mitteilung des Landgerichts (26 T 256/24) vom 20.11.2024
(eingegangen am 24.Dez.2024, ein einziges Blatt)
nach **sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom 01.Nov.2024** und
nach **Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom 15.Nov.2024**
nach **Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024**
bis 15.01.2025 ohne Bescheidung der sofortigen Beschwerde

Anlage VB-2426 mit den Anlagen VE-09, VE-10, VE-11

Fortsetzung der Klage nach Verfassungsbeschwerde vom 01.Dez.2024
mit Schriftsatz vom 01.Jan.2025.

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich
nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 297)

Anlage WU-12 (Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 01.Jan.2025
(129 Seiten) am Landgericht und am Amtsgericht 2. Exemplar) am
07.Jan.2025 persönlich eingeworfen

Anlage VB-2427

**Beschluss-gleiche Mitteilung durch Einzelrichter am Amtsgericht,
dass die sofortige Beschwerde an das Landgericht nicht den
Anforderungen genüge, weil nämlich die Eröffnung mit einer Lüge
verhindert wurde.**

Einzelrichter am Amtsgericht mit Ablehnungsgesuch,
mit Nachweis, dass die Eröffnung des Verfahrens vom Einzelrichter
manipuliert worden ist mit der wahrheitswidrigen Behauptung, dass die
Klage nicht unterschrieben worden sei.

Anlage VB-2428: Verfassungswidriger Shitstorm

Eskalation von 2 Güteverfahren zu 2 Hassverfahren, **massive
Wahlbeeinflussung durch weisungsgebundene Staatsanwälte**

a) 1.Hassverfahren: Sieh Seite 96 in Verfassungsbeschwerde vom
01.12.2024

**Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer
sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen
manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit
verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss**

b) 2.Hassverfahren: Verfassungswidriges Mahnverfahren 10 C 286/24
(Amtsgericht Velbert, eingegangen am 8.Jan.2025, 1 Tag später nach
Einwurf des Schriftsatzes an das Amtsgericht gemäß Anlage VB-2426)
Umfang: 26 Seiten, von denen 11 Seiten nicht lesbar sind.

**Prozessleitende Verfügung zu verfassungswidrigem
Mahnbescheid vor der Bundestagswahl ist anzufechten. Das
Verfahren ist als massive Wahlbeeinflussung abzuweisen, weil der
Beklagte nicht nur seine Stimme abgeben möchte, sondern aktiv am
Wahlkampf teilnehmen möchte.**

Anlage VB-2429

**Massive Wahlbeeinflussung durch weisungsgebundene
Staatsanwälte, daher Information an Kanzlerkandidat und
Generalsekretär der CDU**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-W25.pdf>

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024:

Anlage VB-2421 mit Kapitel LGW-07 und Anlage WU-08
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 15.Nov.2024 wegen Nicht-Bescheidung von:
Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO vom 01.Nov.2024
zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer
Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich
nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>
Scroll down after link (page 01 / 89 / 189)

LGW-07. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO
wegen Nicht-Bescheidung von:
Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO vom 01.Nov.2024
(Kapitel LGW-03, AGV-04, AGV-05, AGV-06)
zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24 (Kapitel AGV-01, AGV-02)
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer
Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen
Nicht nur über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen,
sondern lebenslange Familienzerschlagung und Skandale
Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal, Güteverfahren-
Skandal, Justiz-Skandale am laufendem Bande
Jahre lange Verweigerung von Güteverfahren ist
verfassungswidrig: Europäische Menschenrechte werden mit
Füßen getreten: Sieh Art.6 EMRK
Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung
durch jahrelange Verweigerung und Manipulation von
Güteverfahren
Unerträglich: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer sofortigen
Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen manipulierten
Güteverfahren am Amtsgericht Velbert gemäß Anlage WU-08

Anlage WU-08: Verfassungswidriger Missbrauch zu einer
sofortigen Beschwerde am Landgericht Wuppertal wegen
manipulierten Güteverfahren am Amtsgericht Velbert mit
verfassungswidrigem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
mit Fortsetzung eines Rentenplünderung-Skandals durch
weisungsgebundene Staatsanwälte wegen
Klage gegen die Bundesregierung auf Rehabilitierung und
Schadenersatz für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen für
Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH nach judikativem Boykott des
grundgesetzlichen Anspruchs gemäß Art.34 GG und mehrerer
Grundrechte (Ewigkeitsrechte gemäß Art.79 Abs.3 GG) am
Verwaltungsgericht Berlin mit Verfassungsbeschwerden seit 2010 nach
Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag
(2010-2011)
Verfassungswidriger Missbrauch mit verfassungswidrigem Pfändungs-
und Überweisungsbeschluss vom „29.10.2024“ (? , weil eingegangen
am Samstag, 16.11.2024, Kassenzeichen 2221814678003) auf
Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatsanwaltlichen
Übergriffen. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig und haben
keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Hier

werden Grundrechte und Menschenrechte mit Füßen getreten. Der **Adressat des Beschlusses ist kein Schuldner**, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren und Opfer lebenslanger Familien-Zerschlagung seit Hitler (1941).

Anlage VB-2422 mit den Anlagen WU-7 und WU-6
Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO vom 01.Nov.2024
zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten, judikativer
Verfahrensmanipulation und untauglichen Forderungen
mit den Kapiteln LGW-03, AGV-04, AGV-05, AGV-06
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich
nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>
Scroll down after link (page 01 / 89)

LGW-03. Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO
zur Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024
am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
zu wahrheitswidrigen Unregelmäßigkeiten und untauglichen
Forderungen in Beschluss-gleicher Mitteilung vom 17.10.2024
(Anlage WU-06)
Von judikativem Boykott zu judikativer Manipulation in
Gerichte übergreifenden Nonstop-Verfahren politischer
motivierter Zerschlagungen mit anschließender sozialer
Zerschlagung und mit Datenschutz-Skandal und
Rentenplünderung-Skandal, mit mehrfacher Freiheitsberaubung
und Psycho-Terror u.v.a.m.
Nach Telefonaten vom 28.10.2024 / 29.10.2024 mit zuständigem
Bearbeiter am Amtsgericht Velbert sinngemäß: Richter hat die
Seite mit der Unterschrift überschlagen, ordnungsgemäße
Unterschrift ist vorhanden, Antrag auf Akteneinsicht so
abgewehrt.
Zu bekämpfen: Fortsetzung der staatsanwaltlichen Sabotage der
Klage mit Aktivierung sozialgerichtlicher Verfahren mit
verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen, die dem Kläger
mit politisch motivierter Zerschlagung nach dem 70.Lebensjahr
aufgezwungen wurden.
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 nicht nur am
Wohnort, sondern auch am Geburtsort, mit politischer Kumpanei
sind die Fortsetzung von
lebenslanger Familienzerschlagung über mehr als 80 Jahre seit
Hitler, die das Vorstellungsvermögen eines jungen Einzelrichters
übersteigen, eines Einzelrichters, der die Respektlosigkeit der
beklagten Bundesregierung vor Grundrechten nicht erkennen will,
den Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal im
letzten Verfahren ohne Stellungnahme hingenommen hat und
offensichtlich längst nicht mehr unabhängig von der Beklagten
entscheiden kann.
Grundrechte sind Ewigkeitsrechte, die auch von einem Deutschen
Bundestag, egal mit welcher Mehrheit, nicht verändert werden
können und bei Rechtsanwendungen zu respektieren sind. Es gibt
keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland.
Zu erwarten: Erhöhter juristischer Druck durch Beklagte mit
eigenen Rechtsanwälten und weisungsgebundenen
Staatsanwälten, beklagt wegen staatsanwaltlicher Sabotage der
Klageverfahren seit Beginn der Klageverfahren, mit
extremistischer Ausuferung zu mehrfacher Freiheitsberaubung, zu

unbeschreiblichem Psycho-Terror mit sozialer Zerschlagung, mit einem Datenschutz-Skandal, mit einem Rentenplünderung-Skandal u.v.a.m.

Daher: Antrag auf Mehrrichter-Verfahren nicht verhandelbar.

Lebenslange Familienzerschlagung seit Hitler

mit extremistischer Fortsetzung von

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google,

mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 gemäß AGV-01

Nicht nur Schadenersatz für materielle Werte, sondern viel mehr Entschädigung für immaterielle Werte unter Respektierung von Ewigkeitsrechten.

Zu beantragen: Fortsetzung der
Klage am Amtsgericht mit Kapitel AGV-04.

**AGV-04. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen**

**Ewigkeitsgarantie der unantastbaren Grundrechte
gemäß Art.79 Abs.3 GG:**

Seit 1941, **über 80 Jahre lebenslange Familienzerschlagung**
unter Hitler trotz Kriegsdienstbefreiung seines Vaters wegen
Versorgung/Ernährung der Heimatbevölkerung (beerdigt in
Kramatorsk, Ost-Ukraine, 1945), danach

Zwangsabgabe des Mühlenbetriebs und Zwangsabgabe von
Wohnraum an Flüchtlinge aus Sudetenland am Geburtsort,
Fortsetzung der lebenslangen Familienzerschlagung mit
über 25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998,
dem Gründungsjahr von Google (heute eines der weltweit
wertvollsten Unternehmen), nach Zerschlagungen am Wohnort
und am Geburtsort unter persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

> am Geburtsort: Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder
(Anerbe) in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und
Nachlass-Insolvenz,

> am Wohnort: Politisch motivierte Zerschlagungen

**wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-
Spitzenwachstum**

**mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
seit 1977, nach Aufbau und Entwicklung seiner herstellernerneutralen
ONLINE-Seminarreihe seit 1971, führend in Europa, u.a. auch mit
einem mehrtägigen Seminar ONLINE III zur Ausbildung von**

**Datenschutz-Beauftragten,
wegen professionellem, nachhaltigem Wissensmanagement für
Deutschland und Europa,**

**mit ersten KI-Congressen in den 1980er Jahren, mit einer
Europäischen Congressmesse in der geteilten Hauptstadt Berlin
(1984) vor dem Mauerfall ohne Subventionen und**

**mit hochqualifizierten Zeugen aus aktiver Beteiligung auf den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und
mit hochqualifiziertem Nachweis durch historische Dokumente im
Congressmesse-Archiv: über 1100 ISBN-nummerierte
Congressbände, eine Vielzahl von Messe-Katalogen und
detaillierten Programmbroschüren der Europäischen
Congressmessen mit den weltweit größten Congressprogrammen
in deutscher und englischer Sprache**

**2010: Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den
Bayerischen Landtag in München (parallel, zeitgleich), Antrag auf**

Rückgabe des Digitalgipfels wegen Zwangsenteignung durch politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort, Niederschlagung der Petitionen in Berlin und München in 2011, danach Zwangsversteigerung und Zwangsverkauf des Geschäftshauses am Wohnort

Antrag auf Rückgabe des Digitalgipfels wegen Enteignung durch politisch motivierte Zerschlagungen

Über 20 Jahre Zeit verloren zur Weiterentwicklung des Digitalgipfels auf den Europäischen Congressmessen

Nach Niederschlagung der Petitionen:

2012 am Geburtsort: Bruder nimmt sich das Leben nach einer Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin mit anschließender Nachlass-Insolvenz (Einziger Erbe: Kläger)

2013/2014 am Wohnort: Zwangsversteigerung / Zwangsverkauf des Geschäftshauses (repräsentative Gründerzeit-Villa als Firmensitz) zur Tilgung aller Bankschulden

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/villa.pdf>

Nach Entschuldung: Einrichtung eines Pfändungsschutz-Konto. Seit 2011: Nonstop-Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen, aufgezwungen nach Niederschlagung der Petitionen

Judikativer Boykott und staatsanwaltliche Sabotage mehrfach wiederholter Klagen auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Entschädigung und mit Güteverfahren, weil ohne Unterstützung durch qualifizierte Rechtsanwälte, wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren,

bis heute sabotiert von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung

mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4),

mit verfassungswidrigem Übermaß: Menschenrechte mit Füßen getreten mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Psycho-Terror bis zum Datenschutz-Skandal (Datenschutz nur für böse Leute?) und mit Rentenplünderung-Skandal ohne Skrupel auf Pfändungsschutz-Konto, dieses zum Schutz vor staatlichen Übergriffen.

Die Europäischen Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und der Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088)

AGV-05. Einzufordern mit der Klage:

Rückgabe des Digital-Gipfel als Schlüssel für eine Zeitenwende für ganz Deutschland und Europa, Neustart mit Schadenersatz und Entschädigung für

Weiterentwicklung eines Familien-Unternehmens (auch als Familien-Stiftung machbar) zu einem führenden Innovationszentrum für eine bessere Zukunft mit Künstlicher Intelligenz in Deutschland und Europa

Benutzerfreundliche Digitalisierung mit mehr Qualität und Effizienz für zukunftssichere Arbeitsplätze anstatt Digitalisierung-Notstand mit stornierten Chip-Fabriken und Milliarden-Subventionen ohne Perspektive in einer schrumpfenden Wirtschaft:

Beste Voraussetzung für erfolgreiches Deutschland als führende KI-Nation in Europa nach Beseitigung des Digitalisierungs-Notstandes.

Einbringung in das Familien-Unternehmen durch Kläger:

Historische Originale des Congressmesse-Archivs in 1-Jahres-Abstand seit den 1970er Jahren: Über 1100 Congressbände (ISBN-nummeriert seit 1984) zu über 260 Congressen (4-tägig)

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen, zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 + Messekataloge + Programmbroschüren + Planungsunterlagen u.a.m.

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden und Petitionseingaben (Fortsetzung) notwendig, weil Amtsgericht und Beklagte ein Riesen-Problem haben und nicht erkennen wollen:

Verfassungswidrige Justiz zu politisch motivierten

Zerschlagungen durch die Beklagte, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Täterin

Von Zerschlagungsorgien deutscher Parlamente zu Gerichte übergreifende Nonstop-Verfahren über 14 Jahre lang zu manipulierten Gerichtsverfahren am Amtsgericht.

Existenz vernichtende Niederschlagung der Petitionen (2010-2011) am Deutschen Bundestag in Berlin und am Bayerischen Landtag in München ohne Respektierung unantastbarer Grundrechte ist verfassungswidrig und Ursache für Gerichte übergreifende Nonstop-Verfahren seit 2011.

AGV-06. Einzufordern mit der Klage, weil:

Grundrechte sind Ewigkeitsrechte, die auch nicht mit 2/3 Mehrheit im Deutschen Bundestag geändert werden können.

Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, das gilt auch für §253 Abs.2 Nr.2 und §130 Abs.4

Nicht mehr vorstellbar:

Amtsgericht manipuliert und verweigert Gerichtsverfahren mit wahrheitswidrigen Begründungen in einem Schreiben, das vom Urkundsbeamten beglaubigt ist

Wahrheitswidrig, weil Klageschrift entgegen der richterlichen Behauptung unterschrieben ist.

Wahrheitswidrigkeit ermittelt, weil Kläger auf Akteneinsicht bestanden hat und per Telefonat am 29.10.2024 seine Unterschrift bestätigt wurde und nicht unterlassen wurde.

Beklagte will nicht lesen, kann nicht lesen, seit 2010: Lesen heißt, Inhalte erfassen, Zusammenhänge erkennen, extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen verhindern nach dem Lesen.

Nämlich: Anlagen werden nicht kommentarlos vorgelegt, sondern schon im Hinweis auf die Anlage eine erste Stellungnahme/Übersicht mit erkennbaren Zusammenhang

vorgenommen: Sieh Anlage WU-06 a)

Beklagte verantwortlich für Niederschlagung der Petitionen am Deutschen Bundestag, am Bayerischen Landtag, für Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort des Klägers, weil Petitionen zwar zugelassen, aber Grundrechte nicht respektiert werden.

Beklagte lässt Klagen durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2011 sabotieren,

Beklagte mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ist verantwortlich für Freiheitsberaubungen, Psychoterror, Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, Datenschutz-Skandal, soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen

Kläger hat Mehrrichter-Verfahren beantragt, weil ein Einzelrichter nicht in der Lage ist, der Menschenrechte verachtenden Zerschlagung unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin, ihrer Helfer und Helfershelfer, unter Respektierung der Grundrechte gewachsen zu sein, ohne wahrheitswidrig zu werden.

Faktenlage:

Über 80 Jahre Familienzerschlagung, über 25 Jahre Zerschlagung eines Inhaber-geführten Familien-Unternehmens mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum der Digital-Branche seit 1998, dem Gründungsjahr von Google.

Google hat gezeigt, was mit Weltklasseleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich ist, bei Unterlassung von politisch motivierten Zerschlagungen!

Wert von Alphabet Inc. (Google) im Aug.2024: 1.972 Mrd US-Dollar, also ca. 2 Billionen US-Dollar, rund doppeltes Steueraufkommen von Deutschland.

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01 / 89)

Anlage VB-2423 mit Anlagen VE-01, VE-02, VE-03, VE-04, VE-05

Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024 am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24

mit den Kapiteln AGV-01 und AGV-02

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01)

AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2), unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4), mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5)

**Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.**

AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte, Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)

75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:

> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.

> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog. "Kunstmühle" (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Anlage VE-01: Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf>

75 Jahre Grundgesetz, Überblick über Faktenlage einschl.

Datenschutz-Skandal, qualifizierte Zeugen, Täter mit persönlicher Verantwortung, mit Immunitätsschutz und Datenschutz,

Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen: Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten,

Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer

Aussperrung

mit Wissen aller Staatsorgane

mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer

unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

mit Wissen aller Intendanten

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an

Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert

Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,

dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung

weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss, das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat. Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088)

Anlage VE-02: Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit

Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche) Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)

Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice 6 Congressbände (alle ISBN-nummeriert) mit Messekatalog, Informationsbroschüren in Deutsch und Englisch:

Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung des Innovationswachstums der Digital-Branche

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv

2024: Vor 40 Jahren in der geteilten Stadt Berlin: ONLINE unterm Funkturm

Von einem Velberter Unternehmer (Kläger), mit Eigenfinanzierung, ohne Subventionen:

ONLINE'84, 7.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation,

mit Senatsempfang durch Senat von Berlin, eröffnet von Senatsdirektor

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Führendes Congressangebot zu den ITK-Innovationen in 25 ganztägigen Symposien von A-Z mit Dokumentation in 6 ISBN-nummerierten Congressbänden (plus

32 ganztägige Seminare mit kostenfreier Seminardokumentation):

[Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken: Eine](#)

[Herausforderung an das Management](#) (Band zu Kongress I)

[Bildschirmtext, die 2. Generation mit dem CEPT-Standard](#) (Band zu Kongress II)

[Mensch-Computer-Dialog, Mikrocomputer und lokale Netze](#) (Band zu Kongress III)

[Integrierte, multifunktionale und offene Bürokommunikation](#) (Band zu Kongress IV)

[CAD/CAM und Computer-Graphik](#) (Band zu Kongress V)

[Datennetze, Netzwerkmanagement und postalische](#)

[Kommunikationsdienste](#) (Band zu Kongress VI)

ONLINE'84, 7. Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation:

Führende Kongresse in Europa, praxisnahe Seminare für die mittelständische Wirtschaft, internationale Ausstellung für technische Kommunikation,

> > > **Ganztägige Symposien A-Z in 6 Congressen + 32 ganztägige Paxis-Seminare**, insgesamt 57 ganztägige Management-/Fach-/Lehr-Veranstaltungen im ICC Berlin

> > > **Fernsehen Live von der ONLINE'84**

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Leistungsstärkste Congressmessen: ONLINE 2000, ONLINE 2001

Umsatzeinbruch nach Auswirkungen der

staatlichen UMTS-Auktion 2000: ONLINE 2002 und ONLINE 2003.

Anlage VE-03:

Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den

Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38

Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:

> > > **Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen
seit 2010 gegen

Rentner im 83.Lebensjahr,

Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011, als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,

mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“, mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),

ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.

Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen

> > > **Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen
seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen

Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten

Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)

> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024) mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden. Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

Anlage LSG-33

Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024 (1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert, ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.

Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407

Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..

Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer skandalösen Videowand-Vernetzung: Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm

Anlage LSG-34

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023

BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)

nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten

Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa
in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI

(Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000

im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.

(Anlage LSG-34

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage LSG-35

> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024

gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24

vom 19.07.2024

BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte
Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden

Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-

Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu

verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte

unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt

wegen direkter und persönlicher Verantwortung von

Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

(Anlage LSG-35)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024

Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414)

gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C**

****211/23 zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am**

31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch

verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)

****BVERFG-409.** Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024**

(Anlage VB-2414) gemäß

****Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23****

****zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024)**

mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten

Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß

Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit

****BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:****

****Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum,****

****eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407****

****Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von****

****weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit****

Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..

Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil:

Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.

Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.

Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:

> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren

> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)

> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen

> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf

> Gerichte übergreifend: Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83. Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit, mit Plünderung von Versicherungsleistungen, mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art

> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen

Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung

> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfährige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung

> **Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren**

in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss

> > > **Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal**

mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit, mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)

> > > **Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im**

Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“

> > > **Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung**, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten

> > > **zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen**

durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.

> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier

nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.

> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.

> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 228)

Anlage LSG-37

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023 mit **Anlage VB-2352**

wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin

offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a. an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (**Anlage LSG-37**)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 380)

NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.

> **Anlage VB-2352: Judikativer Boykott von Güteverfahren**

Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit

unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn,
Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und
Generationendiskriminierung
mit kapitalen Schäden
mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau,
Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit
ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung
angewiesener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
mit Anspruch auf ein humanes Lebensende
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.
Kapitel 164. Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg,
ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen
Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde,
ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für
digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr
als 25 Jahre, danach:
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und
am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker
> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-
Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem
Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum
Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023
Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF,
mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den
Congressen, mit Rundfunksperrre und kein Ende in Sicht
mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen
Bundesländern
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und
Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein
Absteigerland“
Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des
Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und
Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.
Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit
Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert
Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164,
sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf>
Scroll down after link (page 364)

Anlage LSG-38

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024
zu **Datenschutz-Skandal** gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .
zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des
Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte,
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel
in 2011-2012
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-
Vorsitzenden **Monika Piel** nach mehrfachem Briefwechsel und
Verfassungsbeschwerde
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt
von Bundespräsident Horst Köhler unmittelbar nach Schreiben
vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen

Bundestag:

Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010
zurückgetreten)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

**Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage
(Anlage LSG-38)**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Fortsetzung gemäß Anlage LSG-38:

Bis heute: Kein Zugang zu Güteverfahren für Opfer politisch
motivierter Zerschlagungen

**Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 wegen Nicht-
Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Juni 2023 an
Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg**

11.Senat OVG 11 RM 3/23 (Anlage VB-2352)

**als Anlage OVG2023-08 beim Oberverwaltungsgericht Berlin-
Brandenburg vorgelegt**

BVERFG-386. Aus aktuellem Anlass zum 80.Geburtstag des früheren
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit den Glückwünschen
von einem Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr, der unter seiner
Präsidentschaft politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und
am Geburtsort mit verheerenden Folgewirkungen, mit kapitalen
Schadenswirkungen, mit parallelen Petitionen an den Deutschen
Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 sowie danach den
Tod seines Bruders (2012) hinnehmen musste.

„Bürger sind keine Untertanen, Herausforderungen des Rechtsstaats“,
so **Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier**,

Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).

**Sein Buch in 2019: “Die Warnung: Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt
wird“**

Anlage VB-205, hier und in Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021
(2 BvR 2171/21), Verfassungsbeschwerde wegen Fortsetzung
unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Versagung von rechtlichem
Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit unverhältnismäßiger,
extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen und
Versagung von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des
Zerschlagungsopfers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf>

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

nicht trotz, sondern wegen eines

herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen, den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in
Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren
wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche),

mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr ohne Anerkennung des
Anspruchs auf ein humanes Lebensende

In dieser Zeit **2002-2010:**

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)

Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

2003: Ende mit 26. Europäischer Congressmesse ONLINE nach wirtschaftlichem Einbruch, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, im 63.

Lebensjahr des Beschwerdeführers, seitdem keine Einnahmen mehr aus Beruf und Unternehmen

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 6/7)

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

2004-2010: Intensive Bemühungen um Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit einer Vielzahl qualifizierter Projektvorschlägen, verhindert unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin trotz mehrfachen Interesses von mehreren Spitzenpolitikern.

März 2005: Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Initiative und Aufruf für mehr Innovationswachstum mit Verteiler

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8)

2005: Werbung für Innovationswachstum in allen Bundesländern mit Schreiben an die Ministerpräsidenten und mit qualifizierten Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8/9)

2005-2010: Werbung für Innovationswachstum mit qualifizierten Projektvorschlägen an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.

Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen sich an der politisch motivierten Zerschlagung seit 1998 mit Rückendeckung durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin. Alle Intendanten von ARD und ZDF waren informiert. Sieh

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286 ff)

2009: Neue Bundesregierung: Neue Chancen?

Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Berliner Mauer des Schweigens!

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8/9 bis 11)

Letztes Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

vom 22.02.2010 -

Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende

Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 11)

2010: Parallele Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1, Beweise 1) und am Geburtsort in Bayern(Z2, Beweise 2), unter persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des damaligen Bayerischen Staatsministers und heutigen Ministerpräsidenten
Sieh Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher verfassungswidriger Missbrauch des Petitionsgrundrechtes.
Deutsche Bundespräsidenten lassen „klug“ antworten,
Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 12)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Sieh **1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen

> > > <https://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf>

Niederschlagung der Petitionen (Berlin/München) unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (CDU/CSU) mit verfassungswidrigen Missbrauch des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags für politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, am Geburtsort mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz

BVERFG-387. Brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts durch weisungsgebundene Staatsanwälte (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 845/23)

mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

mit Fortsetzung von

25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

mit Weisungsbefugnis des beklagten Täters (Bundeskanzleramt) an weisungsgebundene Staatsanwälte

gegen Zerschlagungsoffer ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die einem totalen Justizversagen seit 1998 gewachsen sein müssen, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Justiz-Versagen aufgezwungen,

mit verfassungswidrigem Missbrauch eines Pfändungsschutz-Konto für Pfändung hoher Rechtsanwaltskosten für Aufzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

2 Mal mit Freiheitsberaubung durch Polizei-Trupps gegen Rentner im Schlafanzug und mit Präsentationsfahrt in Nachbarschaft und durch Velbert mit **vergittertem Zwangsvollstreckungsauto**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 25)

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor

Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)

Von Freiheitsberaubung und Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherin

Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für

Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil

brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhndend:

Opfer müsste dement sein, um ein Zwangsvollstreckungsrecht von Staatsanwälten, Rechtspfleger und

Obergerichtsvollzieherinnen erkennen zu können.

Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrügen: Anlage VB-2351 und Anlage VB-2352

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 293)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2023 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2023-07

Zitat des Tages WAZ 23.Juni 2023 / Spiegel

Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:

„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“

Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger war informiert. Politisches Versagen. Sieh

Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 9)

Totales politisches Versagen: Nicht nur die Bundesregierung, alle Landesregierungen der Bundesländer waren informiert. Die

Altbundeskanzlerin hat alles gesperrt:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 9)

Sieh **3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance gegen Umverteilungspolitik**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8-9)

Anlage VE-04

Aus aktuellem Anlass: Rentenplünderung-Skandal Nr.2 mit Eskalation des Datenschutz-Skandal

Zurückweisung der skrupellosen Fortsetzung des Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten auf Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung:

Anschreiben der RAe caspers mock vom 08.10.2024 (eingegangen am 12.10.2024, mit Zahlungsaufforderung bis 18.10.2024)

Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.

Aus einem verfassungswidrigen künstlichem

Teilversäumnisurteil, mit dem die Rechtfertigung der sozialen Zerschlagung zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder eingespart wurde.

Sozialversicherungsträger hat keinen Anspruch auf verfassungswidrige Justiz. Aber Rentner im 83. Lebensjahr mit über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen hat grundgesetzlichen Anspruch nach Art. 34 GG auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.

Anlage VE-05

Grundrechte sind zu respektieren, insbesondere nach ordnungsgemäßer Verfassungsbeschwerde. Urteile ohne Respektierung von Grundrechten haben keine Rechtskraft, und sind selbstverständlich anfechtbar. Der Beschwerdeführer hatte nur Zugang zu Rechtsmittel, um eine ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde durchzuführen. Das hat er getan.

Sieh Schreiben vom 07.10.2024, eingegangen am 12.10.2024.

Anhang: **Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** haben seit dem Ende der 70er Jahre (ONLINE-Seminarreihe seit Beginn der 70er Jahre) herausragende Leistungen erbracht:

Rückblick 26 Jahre ONLINE:

> > > <http://www.euro-online.de/vean.htm#x1>
>>> 1977-1983: So entstand die ONLINE
>>> 1984-1985: ONLINE in Berlin und Düsseldorf
>>> 1984-1988: KOMMTECH in Essen und Karlsruhe
>>> 1986-1989: ONLINE '8X in Hamburg
>>> 1990-1993: ONLINE '9X in Hamburg
>>> 1994-1995: ONLINE '9X in Hamburg
>>> 1996-1997: ONLINE '9X in Hamburg
>>> 1998-2000: ONLINE wieder in Düsseldorf
>>> 2001-2002: Impressionen & Highlights
>>> 2003 Die gesamte Congressmesse

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche

in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse

<https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage VB-2424

Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 19.12.2024: Die Gerichte übergreifenden Vorgänge ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig und können auch nicht dem Berichterstatter übertragen werden, auch wenn er mit ehrenamtlichen Richtern entscheidet. Daher Übertragung an das Bundesverfassungsgericht. Siehe zwei Schreiben des Landessozialgerichts NRW zu **verfassungswidrigen Mehrfachbescheiden** (L 5 P 105/24, L 5 P 110/24) vom 21.11.2024 (eingegangen am 25.11.2024).

Anlage VB-2415

Hassgemeinschaft hinter verfassungswidriger Videowandvernetzung, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte, mit Verweigerung einer beantragten Information über angeschlossene Teilnehmer, mit Datenschutz-Skandal an Amtsgericht Velbert (10 C 211/23) und im SCHUFA-Netz, überschüttet Beschwerdeführer der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 nach Zusendung mit Schriftsatz vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414 eingeworfen am Amtsgericht am 30.08.2024) mit lawinenartig verfassungswidrigem Shitstorm der sozialen Zerschlagung mit Verfahrensfortpflanzung verfassungswidriger Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf:

Anlage VB-2415 a:

Kostenfestsetzungsbeschluss vom 03.09.2024 (eingegangen am 07.09.2024) zu rechtswidrigem und verfassungswidrigem Urteil gemäß Anlage VB-2407 (Original ohne Datum, Datum nachgetragen mit 19.03.2024/17.07.2024 durch Rechtspfleger Ermanns), nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen

a) das Urteil des Amtsgerichts Velbert vom

26.Juni 2024 - 10 C 211/23 -,

b) das Versäumnisurteil des Amtsgerichts Velbert vom

19.März 2024 – 10 C 211/23

Anlage VB-2415 b1 und Anlage VB-2415 b2

Abgabennachricht vom 03.09.2024 (eingegangen am 07.09.2024 zu verfassungswidrigem Missbrauch von Mahnverfahren für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen am Amtsgericht Mayen (Anlage VB-2415 b1) und am Sozialgericht Düsseldorf (Anlage VB-2415 b2) trotz parallelem Berufungsverfahren am Landessozialgericht in NRW

Anlage VB-2415 c/d

Drohbriefe der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers, verantwortlich für hemmungslose Eskalation der politisch motivierten Zerschlagungen (seit 1998) mit sozialer Zerschlagung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, mit Datenschutz-Skandal am Amtsgericht Velbert, im SCHUFA-Netz, für Videowand-Vernetzung der Hassgemeinschaft am Amtsgericht Velbert.

Sieh auch **Anlage VB-2412 a**.

Anlage VB-2416 (aus Anlage SGH der Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 Seite 84)

Nachweis für Datenschutz-Kompetenz des Beschwerdeführers:
Seminar-Prospekt der Seminarreihe >online< an der Technischen Akademie e.V. Wuppertal aus 1976

Anlage SGH:

Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden. Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit**, beteiligt waren

Anlage VB-2417

Zurückweisung des verfassungswidrigen
Kostenfestsetzungsbeschlusses gemäß Anlage VB-2415 a) mit
Schreiben vom 14.09.2024

Anlage VB-2418

Judikativer Boykott von Güteverhandlungen: Willfähiger Einzelrichter
als Helfer für weisungsgebundene Staatsanwälte bei Sabotage von
Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlungen unter
Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung mit Antwortschreiben
nach Zusendung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24

Anlage VB-2419

Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus (verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 und
nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24
vom 19.07.2024

Untauglicher Versuch des Amtsgerichtes Mettmann mit Schreiben vom
12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024),

nach Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 wegen Nicht-
Bescheidung einer Anhörungsrüge an das Oberlandesgericht
Düsseldorf vom 15.08.2024 (Rechtsbeschwerdegericht zu Amtsgericht
Mettmann) mit einer unbekannten Verfügung in einem
„Bußgeldverfahren“ der sozialen Zerschlagung abhelfen zu wollen.

Anlage VB-2420

Kontra heuchlerische Barmherzigkeit am Landessozialgericht, weil

- > weil Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa bis
2003,
- > weil Premium-Beiträge zu Sozialversicherungen bis zum
70.Lebensjahr (2010)
- > weil seitdem, nach Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und an Bayerischen Landtag sein Bruder in den
Tod gehetzt (2012) wurde und der Beklagte Nonstop-Gerichtsverfahren
(Gerichte übergreifend) ohne Unterbrechung an Weihnachten, an
Ostern oder in Urlaub hinnehmen muss,
- > weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf
Pfändungsschutz-Konto mit monatlichen Rentenplünderungen bis zum
Limit gegen Rentner im 83.Lebensjahr,
- > weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen als Fortsetzung von politisch motivierten
Zerschlagungen seit über 25 Jahren und in einem Rechtsstaat mit
Grundgesetz seit über 75 Jahren verfassungswidrig ist
- > weil es im Rechtsstaat einschl. Sozialstaat keinen grundrechtsfreien
Raum gibt und Rechtsanwendungen ohne Respektierung von
Grundrechten keine Rechtskraft haben
- > weil **Mobbing im Berufungsverfahren am Landessozialamt NRW
(L 5 P 110/24 in Essen) durch Prozessbevollmächtigten des
Klägers: „Im übrigen gedenke ich nicht auf den
Reichsbürgerschwachsinn zu erwidern“ (Sieh Anlage LSG-28)**

Zielsetzung des Mobbing: Glaubwürdigkeit des Beklagten zu
vorgelegten Beweisen über mehr als 25 Jahre politisch motivierte
Zerschlagung zu untergraben, offensichtlich erfolgreich! **Hass macht
blind! Blind für Rehabilitierung, Schadenersatz und
Güteverhandlung.**

> weil nicht nur Mobbing,
sondern auch SCHUFA-Eintragungen durch
Prozessbevollmächtigten des Klägers mit Hass im SCHUFA-Netz
wegen „Verbraucherschutz“, aber ohne Opferschutz in einem
Datenschutz-Skandal und verantwortlich für
Videowandvernetzung einer Hassgemeinschaft am Amtsgericht
Velbert.

Niemals zu vergessen:

**75 Jahre Bundesrepublik mit Unterzeichnung des Grundgesetzes,
mit Grundrechten zum Schutz vor
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen einschl.
sozialer Zerschlagung**

Anlage im Schriftsatz vom 26.08.2024

Anlage VB-2414

Schriftsatz vom 24.08.2024 an Amtsgericht Velbert (10 C 211/23) mit
**Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil zum
Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit
Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten /
Rechnungen gemäß Anlage AGV-24/11 (a,b, . . .).

Anlage VB-2407

Urteil des Einzelrichters am Amtsgericht Velbert Dr. Krieger (10 C 211/23) ohne Datum zur mündlichen Verhandlung vom 26.06.2024 (eingegangen am 31.07.2024)

Anlage VB-2407a)

Ohne Überschrift: Protokollartige Dokumentation (eingegangen am 04.07.2024) mit Geschäfts-Nr. 10 C 211/23

Öffentliche (?) Sitzung mit Videowand des Klägers mit

verfassungswidriger Rechtsanwendung von §128a ZPO

(Videoverhandlung mit Email-/Telefon-Wählanschluß) ohne Angabe zu Antrag über Auflistung der vorgenommenen Anschlüsse trotz

Anmahnung des Beklagten.

nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht

Anlage VB-2403 a)

Sieh Anlage zur Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024 (Seite 17) Schriftsatz vom 25.04.2024 an das Amtsgericht Velbert (10 C 211/23 hier mit Einspruch des Beklagten gegen Güetermin, Einspruch mit neuer

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 (Anlage AG-24/07)

nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 226)

Anlage VB-2408

Schriftsatz vom 28.05.2024 mit Anlage AGV-24/09

Anfechtung des verfassungswidrigen Gerichtsverfahren 10 C 211/23 mit Begründung g) mit verfassungswidrigem Missbrauch von Verfügungsgewalt gemäß Verfügung vom 14.05.2024

(eingegangen am 17.05.2024) mit Begründung unter g

nach vorhergehenden Begründungen unter a bis f

Begründung unter g

g) Anfechtung des verfassungswidrigen Gerichtsverfahren mit verfassungswidrigem Missbrauch von Verfügungsgewalt gemäß Verfügung vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024)

Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom

24.05.2024 gemäß Anlage AGV-24/9: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.

75 Jahre Grundgesetz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:

Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen

Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig

In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum

Bürger sind keine Untertanen, denen

mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung**

mit Wissen aller Staatsorgane

mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer

unter > persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert

gemäß Anlage AGV-24/09

Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971
zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
seit 1977

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche).

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen
Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem
Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT
und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa
und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum
ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne
grundgesetzliche Schuldenbremse:

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-
Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt
wurde), erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses
Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch
motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus
ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,

dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen
staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer
Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung
weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch
eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme
verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher
Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss,
das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am
Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen
musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an
alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-
rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am
Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste
wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-
Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres
Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung
der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und
Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk
nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik
und Verwaltung

Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088)

Anfechtung des verfassungswidrigen Beschlusses vom 18.04.2024

(eingegangen am 23.04.2024) mit Verfassungsbeschwerden vom
10.04.2024 und 29.04.2024 mit Anlage VB-2404 a) b) und c) in der
Verfassungsbeschwerde 29.04.2024

ohne Rücksicht auf Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom
03.03.2024 und der Anhörungsrüge vom 23.03.2024 am
Beschwerdegericht

ohne Respektierung der Abwehrfunktionen von Grundrechten und
grundrechtsgleichen Rechten

mit Antrag auf Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG in Verbindung
mit Art.34 GG und Abwehrfunktionen betroffener Grundrechte
mit Begründung unter f

nach vorhergehenden Begründungen unter a bis e

Anlage AGV-24/09

Anlage VB-2409

Verfügung des Einzelrichters am Amtsgericht Velbert Dr. Krieger (10 C
211/23) vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024)

Anlage VB-2410

Schriftsatz vom 06.05.2024 an da Amtsgericht Velbert (10 C 211/23)
mit Begründung f)

**f) Termingerechte Anfechtung des verfassungswidrigen
Beschlusses vom 18.04.2024 mit Verfassungsbeschwerden vom
29.04.2024 und 10.04.2024.**

**Nicht mehr tolerierbar: Hass, Diskriminierung, Datenschutz-
Skandal, soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen
seit 2010**

**mit ständiger Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto
wegen Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe mit
Eskalation zu einem Hass-Tribunal mit Doppel-Versäumnisurteil
gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen
für Deutschland und Europa**

**nach „de facto“-Teilversäumnis-Urteilen/-Beschlüssen am
laufendem Bande seit 2011 mit**

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am
Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern**

**unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) und des heutigen
Ministerpräsidenten von Bayern,**

**> inkl. soziale Zerschlagung unter sozialer Ausgrenzung mit
SCHUFA-Eintragungen in einem Datenschutz-Skandal**

**> unter Mittäterschaft des des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
unter Federführung von Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin und
Stellv. WDR-Intendantin (1997-2022)**

mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF (2007)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 10)

**und demonstrativem Rücktritt von **WDR-Intendantin und ARD-
Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012****

> mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativem Rücktritt von **Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2010**
 > mit Wissen aller Ministerpräsidenten von Deutschland (2005)
 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>
 Scroll down after link (page 08/12),
 > mit Wissen aller zuständigen EU-Kommissare in Brüssel (2007)
 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>
 Scroll down after link (page 10)
mit Anmahnung der Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand gemäß Art.20 Abs.4 GG und Antrag auf Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG iVm Art.34 GG

Anfechtung des verfassungswidrigen Beschlusses vom 18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 und 29.04.2024 mit Anlage VB-2404 a) b) und c) in der Verfassungsbeschwerde 29.04.2024
 ohne Rücksicht auf Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 und der Anhörungsrüge vom 23.03.2024 am Beschwerdegericht
 ohne Respektierung der Abwehrfunktionen von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
 mit Antrag auf Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG in Verbindung mit Art.34 GG und Abwehrfunktionen betroffener Grundrechte
 mit Begründung unter f
 nach vorhergehenden Begründungen unter a bis e

Anlage VB-2411

Anzufeuchtender Beschluss vom 18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit verfassungswidriger Installation einer Videoverhandlung über Email-Adresse und Telefon-Nr. entgegen Anfechtung durch den Beklagten, weil verfassungswidrige Rechtsanwendung von §128 a Abs.1 ZPO in Kanzlei des Klägers. ermöglicht und eine im Verhandlungstermin beantragte Auflistung der Anschlüsse verweigert wurde (Anlage VB-2407a).

Anlage LSG-30 (zur Zeit als Leihgabe an Landessozialgericht NRW)
 Zu Congressbänden und Aktenordnern für Verhandlungsnachweise im Datenschutz-Skandal (Turmartiger Aufbau gem. prtokollartiger Bezeichnung, Anlage VB-2407a)

Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal
 mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

Anlage VB-2412

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt: Gemäß Anlage
 > mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatadresse (Anlage VB-2412 a)
 > mit Kopien zu einer Sammlung verfassungswidriger Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch am Berufungsgericht in Essen). (Anlage VB-2412 b)

Anlage LSG-28

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „**Reichsbürgerschwachsinn**“ einzugehen“. Einzelzeile-Stellungnahme ohne Begründung!

Anlage VB-2413

**> Über 75 Jahre Grundgesetz & über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: mit weisungsgebundenen Staatsanwälten zu Datenschutz-Skandal:
Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto einer XXL-Generationendiskriminierung mit weisungsgebundenen Staatsanwälten zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und „Hass hinter Videowand-Vernetzung“ in Gerichte übergreifenden Verfahren**

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024

Anlage VB-2403 a)

Schriftsatz vom 25.04.2024 an das Amtsgericht Velbert (10 C 211/23 hier mit Einspruch des Beklagten gegen Gütertermin, Einspruch mit neuer

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 (Anlage AG-24/07)

nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 226)

Anlage LG-24/04 in

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 247:

„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),

mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares

„Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,

gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher

brutal verfassungswidrig im Zuge von

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

Anlage AG-24/05 in

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 251:

Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**

Begründung und Rechtsmittel gemäß

sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.

Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 275)

Anlage VB-2403 b)

Verfügung des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 10.04.2024 (eingegangen am 15.04.2024) mit Ladung zur mündlichen Verhandlung über Einspruch und Hauptsache

Anlage VB-2404 a)

Persönliches Anschreiben des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 18.04.2024 mit judikativen Zusicherungen und mit den Anlagen gemäß Anlage VB-2404 b) und c) (eingegangen am 23.04.2024)

Anlage VB-2404 b)

Einzelrichter-Beschluss Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 vom

18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) als unanfechtbare Entscheidung. Unanfechtbarkeit ohne Begründung ist anzufechten, weil rechtswidrig ohne Beachtung von eingelegten Rechtsmitteln und weil verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten.

Anlage VB-2404 c)

Stellungnahme des angestellten Rechtsanwaltes Ümit Yildirim der Rechtsanwälte Giebel und Kollegen vom 16.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit 3 Anträgen auf 1 Seite ohne Begründung (Antrag 1., Antrag 2., weiterer Antrag). Alle Anträge ohne Begründung sind mit Einspruch abzuwehren.

Anlage VB-2405

Mitteilung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Herrn Thor) vom 15.04.2024 mit Hinweis auf Verwaltungsgericht Wiesbaden, offensichtlich mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte. Eine direkte Kommunikation mit einem Congressleiter (Univ.-Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, heute Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit) der 22. Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes IV gemäß Anlage unter Gesamtleitung der Congressmesse und des professionellen Verlagsservice durch den Beklagten (3 Seiten beigelegt) war nicht möglich. Der Beklagte ist nicht interessiert an einem Gerichtsverfahren gegen einen früheren Congressleiter, aber an Rehabilitation und Schadenersatz wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach **Art.34 GG ohne judikativem Boykott und ohne Versäumnisurteile in Schauprozessen mit einem Datenschutz-Skandal unter Beteiligung des SCHUFA-Vorstandes, der Rechtsanwälte des Klägers und weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und gegen staatsanwaltliche Sabotage.**

Anlage VB-2406

Fortsetzung von Nonstop-Bußgeldverfahren mit zu erwartenden Teilversäumnisurteil seit 2011 ohne Respekt vor Grundrechten am **Amtsgericht Mettmann** unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitation und Schadenersatz beklagten Bundesregierung nach über **25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und mit einer Hetzjagd gegen ihn und in den wirtschaftlichen Ruin und Freitod seines Bruders mit Nachlass-Insolvenz (2012) nach Niederschlagung der Petition durch eine Staatssekretärin, später Staatsministerin des heutigen Ministerpräsidenten in Bayern.**

Anlage VB-2312 d) Sommerfeld 10

Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respekt vor Grundrechten mit Wiederholung: Sieh Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a) Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Datierung auf das **Weihnachtsfest 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.**

Anlage VB-2401

Schriftsatz vom 23.03.2024 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge und mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal

Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 und 11 C 406/22 (16 T 207/23) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Anlage LG-24/01: Schriftsatz des Amtsgerichtes Velbert 10 C 211/23 vom 12.01.2024 (eingegangen am 24.02.2024), mit dem ein weiteres verfassungswidriges Verfahren dem Zerschlagungsoffer aufgezwungen wird und daher mit sofortiger Beschwerde zurückgewiesen wird, wobei zu beachten ist:

Das Zerschlagungsoffer hat seit vielen Jahren keine Kontakte mehr zu dem Sozialversicherungsträger und seinem

Prozessbevollmächtigten. Er muss sich gegen verfassungswidrige Gerichtsverfahren wehren, die ihm aufgezwungen werden.

Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft. Das gilt auch für „Anspruchsbegründungen“, die zurückzuweisen sind, weil sie verfassungswidrig sind.

„Anspruchsbegründungen“ bei verfassungswidrigen Sozialversicherungen sind äußerst erbärmlich, weil das Zerschlagungsoffer seit 2010 jede Verfassungswidrigkeit mit Verfassungsbeschwerden bekämpft.

Es geht um soziale Zerschlagungen mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen:

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte z.B. Art.6 EMRK in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, denen mehrfache kriminelle Freiheitsberaubungen vorzuwerfen sind, sowie Psychoterror, Polizei-Terror vor Gerichtsverfahren, Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung nach Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010-2012,

jetzt auch noch mit „Hass im Netz“ mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen zum Zwecke der sozialen Isolierung und sozialen Ausgrenzung.

Anlage LG-24/02: Schreiben vom 28.02.2024 an Zentrale Zahlstelle Justiz

mit Zurückweisung von Rechnung, Mahnung und ggf. weiterer Kosten Kassenzeichen X701143342707X, Geschäftszeichen 16 T 207/2023 001 (270) Landgericht Wuppertal mit den Anlagen 01 bis 04 sowie Anlage SGC und Anlage SGG

Anlage 01

Rechnung vom 19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)

Mahnung vom 22.02.2024 (eingegangen am 22.02.2024)

Anlage 02

Schreiben des Bundesverfassungsgericht vom 01.12.2023 (AR 9651/23, eingegangen am 07.12.2023)

Anlage 03

Schreiben vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal (16 T 207/23): Zurückweisung des Beschlusses vom 15.12.2023 einschließlich aller Kosten mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 mit Hinweis auf die Kapitel der Verfassungsbeschwerde (Die gesamte Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 umfasst die Kapitel BVERFG-396, BVERFG-397, **BVERFG-398**, BVERFG-399, BVERFG-400 auf insgesamt 92 Seiten)

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 203/221)

Anlage 04

Übernahme der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 ff. vom Allgemeinen Register in das Verfahrensregister (1 BvR 207/24, bisher AR 9651/23) mit Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 26.01.2024 (eingegangen am 31.01.2024), Allgemeines Register als Sammelstelle für Verfassungsbeschwerden wegen Gerichte übergreifender Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf und am Amtsgericht Velbert zu

Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen als Fortsetzung zu über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Anlage SGC:

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024

"All das haben wir in Deutschland schon einmal erleben müssen und wir wissen, wie es geendet hat. Da kann man nur sagen:

Wehret den Anfängen!" Der Anfang war vor über 25 Jahren:

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr

zuletzt wegen verfassungswidriger Plünderung von Pfändungsschutzkonto seit 2013 parallel zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen

Hier: Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsbefugnis und Weisungsdruck der wegen Rehabilitation und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt

mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 05.Nov.2023

mit Eingang einer verfassungswidrigen Bescheidung am 30.12.23 und zu sofortiger Beschwerde nach Rechtspfleger-Beschluss am Amtsgericht Velbert und mit Fortsetzung eines

Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

Verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) mit verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten mit direkter Verantwortung für

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im > > > 83.Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zur Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz

mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 203)

Anlage SGG: (an das Landgericht)

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23) vom 25.01.2024

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch." Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung.

von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto parallel zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und zu sozialer Spaltung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen mit den Kapiteln BVERFG-401 und BVERFG-402: BVERFG-401. Extremistische Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit skrupelloser Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zu sozialer Diskriminierung und öffentlicher Diskreditierung

Systematische Hetze gegen das Zerschlagungsopfer mit Helfern und Helfershelfern der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt) wegen

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren brutalen Missbrauch zur verfassungswidrigen Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz

mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

> mit Eskalation der systematischen Hetze auf den öffentlichen Bereich

mit verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen und deren Erweiterung auf öffentliche Verzeichnisse unter Verantwortung derselben Staatsanwälte mit verfassungswidrigem Missbrauch der Digitalisierung zur

Effizienz-Steigerung von diskriminierenden und diskreditierenden SCHUFA-Eintragungen und SCHUFA-Verzeichnissen

durch Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte

durch Prozessbevollmächtigte der Sozialversicherungen mit Täuschung der Öffentlichkeit durch SCHUFA-Ankündigung ohne Hinweis auf die Prozessvollmacht durch einen Sozialversicherungsträger mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

nach über 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70. Lebensjahr

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem

Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

BVERFG-402. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:

Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen

Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste

wegen totalem Staatsversagen.

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 277)

Anlage LG-24/03:

Widerspruch-Verfahren mit Antrag an Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.

Anlage LG-24/03 a)

Schreiben (Az: 90.24.75: 0067) vom 24.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf>

Scroll down after link (page 23)

Anlage LG-24/03 b)

Eingangsbestätigung / Nachforderung (Az: 90.24.75: 0067) vom 21.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

Anlage LG-24/03 c)

Schreiben vom 10.Feb.2024 an **Herrn Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit Beweisanlagen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf>

Scroll down after link (page 01)

> Seite 16/70, **Anlage SGD: SCHUFA-Auskunft vom 27.12.2023** (eingegangen am 05.01.2024) mit Stellungnahme am 16.01.2024

> Seite 17/77, **Anlage SGE: Mein Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte** ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht gemäß **Anlage SGD** im Schriftsatz vom 08.Jan.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 59)

> Seite 18/85, **Anlage SGE-2:** Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 23.Jan.2024 (eingegangen am 29.01.2024) ohne Abhilfe

Seite 18/86 , **Anlage SGE-3: Mein Schriftsatz vom 05.Feb.2024 an**

den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Information über Verfassungsbeschwerden und weitergehende Begründung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 121).

> Seite 18/99, **Anlage SGE-4:** Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 07.Feb.2024 (eingegangen am 09.02.2024) ohne Abhilfe.

> Seite 18/100, **Anlage SGF:**

Verfahrensbestätigung des Bundesverfassungsgerichts unter Aktenzeichen 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23)

> Seite 18/101, **Anlage SGG** im Schriftsatz vom 31.Jan.2024 an das Sozialgericht:

Verfassungsbeschwerde (bisher AR 9651/23) vom 25.01.2024

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch." Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr bis zu sozialer Aussperrung.

von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf

Pfändungsschutzkonto parallel

zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)

zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und

zu sozialer Isolierung mit verfassungswidrigen Missbrauch von

SCHUFA-Eintragungen gemäß

Kapitel BVERFG-401 und BVERFG-402.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 277)

Anlage ONLINE PROGRAMM

ONLINE'99, 22. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56#anfang>

Scroll down after link to ONLINE 1999

Beiliegend: Seminarreihe > online < 1975.

Das Programm der ONLINE'99 ist beigelegt, um darauf hinzuweisen, dass Herr Prof. Roßnagel selbst als Congressleiter an der Durchführung dieser Congressmesse beteiligt war.

Der Datenschutz hat in seinem Lebenswerk einen besonderen

Stellenwert: Als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur der

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH hat er bereits in den 1970er Jahren die ersten Datenschutz-Beauftragten persönlich ausgebildet, mit dem Wissensstand von damals (siehe beiliegende ONLINE-Seminarreihe aus 1975, BDSG seit 1978) und in 1977 ein Symposium zu ITK-Innovationen mit Referaten und Diskussionen über 3 Tage sowie Dokumentation in einem Symposiumsordner:

Praxis von Datenschutz und Datensicherung in Online-Systemen, Erfahrungsaustausch mit EDV-Anwendern und EDV-Herstellern, Informationen über Sicherheits-Projekte und -Systeme

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>

Auf der ONLINE'94 in Hamburg hatte Datenschutz und Datensicherheit einen besonderen Schwerpunkt: Im Plenum der

Bundesbeauftragte für Datenschutz Dr. Joachim Jakob

Bundesdatenschutzbeauftragter (1993 - 2003)

auf der 17. Europäischen Congressmesse ONLINE'94 in Hamburg zum Thema

Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes

Informationsmanagement (ISBN 3-89077-126-2)

Außerdem 2 internationale Kolloquien zu:

Kolloquium A: Aktuelle Probleme der IT-Sicherheit und Lösungsansätze

Kolloquium B: Katastrophenschutz und Gefahrenabwehr, Auflagen und wirtschaftliche Lösungsmöglichkeiten

Um dies zu verdeutlichen, hat er aus aktuellem Anlass im Schreiben an das Sozialgericht Düsseldorf Kapitel

45. (41. Aktualisiert wegen Datenschutz) Herausragendes

Lebenswerk des Justizopfers,

Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage

mit Schreiben vom 16. Feb. 2024 neu formuliert:

Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000**

Verfassungswidrige Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen

Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung

weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

Scroll down after link (page 29) wie z.B

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 131)

Er macht darauf aufmerksam, dass er nur parallel zu anderen Gerichtsverfahren gegen verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen ankämpfen kann. Bitte um Mitteilung, welche weiteren Beweisunterlagen benötigt werden.

Anlage SGH:

Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden. Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit**, beteiligt waren

Anlage LG-24/04:

„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),
mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,
gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher
brutal verfassungswidrig im Zuge von
über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

Anlage AG-24/05:

Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**

Begründung und Rechtsmittel gemäß

sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.

Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.

Anlage AG-24/06

Gegenerklärungen des Antragsgegners Albin Ockl vom 31.10.2022 zu den Mahnbescheiden der DEBEKA Krankenversicherungsverein

Anlage VB-2402 als Ergänzung zu Anlage VB-2401

Schriftsatz mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal

Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 und 11 C 406/22 (16 T 207/23)

mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Sozialer Hass als Dauerzustand zum Beispiel: Sieh

Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a) Verfassungswidriger Missbrauch des

Zwangsvollstreckungsrechts nach Wiederholung in der

Weihnachtszeit 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.

Fortsetzung der Wiederholung mit

Verfassungswidrigem Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts im April 2024 nach Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 wegen

Absolut totalem Justizversagen mit verfassungswidrigem

Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden

Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal mit verfassungswidrigen, Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren seit 2011

Erzwingung einer politisch motivierten Justiz im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal durch weisungsgebundene

Staatsanwälte unter Weisungsdruck des wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundeskanzleramtes

Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Entscheidung der Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht Düsseldorf

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024

Anlage VB-2315:

Schriftsatz vom 19.Jan.2024 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Vorlage von **Anlage SGE:**

Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte

ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht gemäß **Anlage SGD** im Schriftsatz vom 08.Jan.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 59)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024:

Anlage VB-2310: Stellungnahme vom 10.12.2023 an das Sozialgericht Düsseldorf (S 31 P 146/22) mit den Kapiteln 34, 35 und 36 (insgesamt 71 Seiten) wegen

Schreiben vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023). mit **Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA) und Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (Anlage SGB)**

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 87)

Anlage VB-2311 a: Aufforderung durch das Sozialgericht Düsseldorf_ (S 31 P 146/22) zur Stellungnahme

Anlage VB-2311 b: Antwort des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.12.2023 (eingegangen am 21.12.2023) durch Bearbeiterin Frau Jans auf Stellungnahme vom 10.12.2023 (Anlage VB-2310) und Aufforderung zu einer 2.Stellungnahme mit neuem Aktenzeichen (S 31 P 457/23)

Anlage VB-2312: Soziale Zerschlagungen ohne Beachtung in Sozialgerichten

Anlage VB-2312 a) Sommerfeld 7 und 8: Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Wiederholung in der Weihnachtszeit 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen

wegen Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Psycho-Terror und mit Androhung von Hausfriedensbruch durch Schlosser-Gehilfen auf umfriedeten Grundstück, mit ausführlicher Begründung und Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA)

Aus Punkt c) der Begründung zu judikativem Boykott: „ . . . Darüber hinaus wurde dieses Verfahren bereits einmal abgeschoben, mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 8.Dez.2014 (VG 27 K 496.14), an das Landgericht Wuppertal abgeschoben und dort in 2 Verfahren (Zerschlagung 1: 2 O 70/15, Zerschlagung 2: 2 O 163/16) aufgeteilt.

Mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 21.07.2017 (VG 27 K 308.14) wurden die Verfahren vom Landgericht Wuppertal zurückgeholt und am Verwaltungsgericht Berlin wieder weitergeführt. Darüber hinaus wurde der Unterzeichner vom Verwaltungsgericht

Düsseldorf über eine Vereinbarung mit dem Verwaltungsgericht Berlin informiert, dass die verfassungswidrige Beteiligung des ÖRR/WDR an den **politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998** (Zerschlagung 3) am Verwaltungsgericht Berlin eine angemessene Berücksichtigung findet. Die Klage gegen den ÖRR/WDR mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 ist rechthängig am Verwaltungsgericht Düsseldorf. Es ist Menschenrechte verachtend, den Schadenersatz für **25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen zu boykottieren oder** von einem Gericht ins andere verschieben zu wollen, obwohl dies an Verwaltungsgerichten gar nicht möglich ist, und das Opfer verantwortlich zu machen für die dadurch verursachten verheerenden Folgewirkungen (Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer Zerschlagung). Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen im fortgeschrittenem Lebensalter werden in den wirtschaftlichen Ruin gezwungen, ausgeraubt und bis in den Tod gehetzt, ohne Respekt vor Ihrer Lebensleistung.“

Anlage VB-2312 b) Beschlüsse der politisch motivierten Zerschlagung durch judikativen Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz aus
> über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
am Beispiel des Verwaltungsgerichtes Berlin mit Abschiebung der judikativen Verantwortung an das Landgericht Wuppertal in 2014 und mit Zurückholung der judikativen Verantwortung in 2017.

Anlage VB-2313:

Petition Pet 1-17-09-703-005442 mit insgesamt 53 Kapiteln (hier Kapitel 37-41 in Anlage)

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10

System Deutschland ein Sanierungsfall?

**UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-
Vernichtung, Wutbürger**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

Schreiben vom 03.01.2011

**an den Bundespräsidenten,
an den Deutschen Bundestag und
an das Bundesverfassungsgericht
der Bundesrepublik Deutschland**

Anlage VB-2314: Anzufeuchtender Hoheitsakt

Beschluss 16 T 207/23 Landgericht Wuppertal (11 C 406 /22 Amtsgericht Velbert) vom 15.12.2023 (eingegangen am Samstag, 30.12.2023) durch RichterIn am Landgericht Wanik als Einzelrichterin

Anlage VB-2314-1:

Zurückweisung des Beschlusses
mit Brief vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal mit Hinweis auf Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024
gemäß Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 01.12.1023 (AR 9561/23, eingegangen am 07.12.2023) und telefonischer Bestätigung des Eingangs des Beschlusses des **anzufeuchtenden Hoheitsaktes** durch das Bundesverfassungsgericht.
Zurückzuweisende Rechnung des Landgerichts Wuppertal vom 19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)

Anlage VB-2306 a) b) c)

Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern

a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe
Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)

b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010

c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:

> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307

Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnaher Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023. Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308

Zurückweisung des verfassungswidrigen

Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a)

mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)

nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Anlage VB-2309

Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten

Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit

verfassungswidrigen Sozialversicherungen

Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von sozialgerichtlichen Verfahren

gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß

BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),

seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und

**Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von
politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)**

> durch weisungsgebundene Staatsanwälte

> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes

mit Hinweis auf

Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom 18.04.2023 mit
ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz**
(unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)
über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über
Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des
Landgerichts Wuppertal.

Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der
Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen
müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht,
sondern definitiv aufgezwungen durch

politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker
in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-
Bundeskanzlerin)

mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden
Intendantin (1997-2022),

mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF

mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene
Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ)
(Z4)

mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von
angewiesenen Staatsanwälten (Z5)

bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-
Versagen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>

Scroll down after link (page 268)

Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:

Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023

Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen
am 04.02.2023).

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

Anlage VB-2301: Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-392.

- a) Beschluss IV-3 ORbs 15/23 Ws Oberlandesgericht Düsseldorf (zu IV-3 ORbs 133/23) 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023 (eingegangen am 28.Sept.2023)
- b) Beschluss IV-3 ORbs 133/23 Oberlandesgericht Düsseldorf 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 21.Aug.2023 (eingegangen am 24.Aug.2023)
- c) Urteil (?) / Beschluss 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 19.09.2023 (eingegangen am 05.10.2023 in Briefumschlag der Staatsanwaltschaft Wuppertal)
- d) Rechnung zu 523 Js-OWi 824/22 1 (271) der Staatsanwaltschaft Wuppertal in neutralem Umschlag
- e) Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023)

Anlage VB-2302: Mitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 16.Mai 2023 (2 BvR 539/23, eingegangen am 19.Mai 2023)

zu Verfassungsbeschwerde vom 14.Januar 2023
gegen das Urteil des Amtsgerichtes Velbert vom 24.02.2023 gemäß Anlage VB-2301 e)

Anlage VB-2303:

Schriftsatz vom 03.10.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Hinweis auf termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss IV-3 ORbs 133/23 523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023

06-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023.

Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schädenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG.

Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss wird durchgeführt.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 58)

Anlage VB-2304:

Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011 im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von **25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten**

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

05-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORbs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft. Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten.

Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.

Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf

staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung**

eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .

Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:

Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 38)

Der Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 enthält folgende Anlagen:

Anlage OWiV-04 OLG

Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses IV-3 ORbs 133/23 (beigefügt), auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

Anlage OWiV-05 OLG

Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

Anlage OWiV-06 OLG

Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 10/21/28)

und mit Hinweis:

Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im

Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von

weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert

wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen,

wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier

von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des

Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen

Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010

erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer

Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert,

gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr,

der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend,

der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche

Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der

Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit

solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft

ausgeschlossen ist,

der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne

Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit

anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück,

hinnehmen musste

u.v.a.m.

Anlage OWiV-07 OLG

Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende

Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte

gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022:

Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.

Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und

Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu

Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend,

Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung,

sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch

junge Richtergeneration.

Anlagen der aktualisierten Rechtsbeschwerde vom 23.02.2023

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende

Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit

zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem

Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf

vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben

Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: Sieh > >

> > > > > > Seite 11

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2305: Erzwingung von politisch motivierter Zerschlagungsjustiz:

Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

nicht unter Richterkontrolle, sondern unter Kontrolle von weisungsgebundenen Staatsanwälten und unter

Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes hier mit:

> Anlage VB-2305 a) Anzufeuchtende Hoheitsakte zu BVERFG-393.

Verfassungswidriger Kostenfestsetzungsbeschluss (11 C 406/22 Amtsgericht Velbert) vom 12.10.2023 mit wahrheitswidriger Begründung (eingegangen am 14.10.2023) durch Rechtspfleger Jacob als Richterersatz

> Anlage VB-2305 b) Schriftsatz vom 05.10.2023 an Amtsgericht Velbert 11 C 406/22

(Stellungnahme zu Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (**Anlage VB-2305 c)**)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 107)

mit den Anlage AGV-10/01, Anlage AGV-10/02 und Anlage VB-2327

Zurückweisung aller Kostenforderungen und Wiederholung des Antrags auf sofortigen Stopp der Kontopfändung auf Pfändungsschutz-Konto wegen Missbrauch für verfassungswidrige Krankenversicherung

entsprechend der vorgelegten Verfassungsbeschwerden:

1. Verfassungsbeschwerde (2 BvR 538/23) vom 31.03.2023

wegen Urteil 11 C 406/22 zu Abbruch der mündlichen Verhandlung am 12.01.2023, verkündet am 09.02.2023, eingegangen am 09.03.2023

mit Beugung Recht und Verfassung, Verfahren übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

Sieh Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 Seite 11

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74 / 84)

2. Verfassungsbeschwerde (1 BvR 1680/23) vom 15.09.2023

wegen Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen Kontoplünderungen

nach 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter, ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitation wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage AGV-10/01: Schriftsatz vom 6.04.2023 an das Amtsgericht Velbert mit Übergabe der

Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

sind die einzige Ursache für Altersarmut. Mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren, heute im Alter von über 80 Jahren, unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten,

werden Rehabilitation und Schadenersatz .

vom Kläger sabotiert und von der Justiz boykottiert. Kläger, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Richter Hand in Hand mit strafbarer Rechtsbeugung gegen Zerschlagungsopfer.

Anlage AGV-10/02

Verfassungsbeschwerde vom 15.09.2023 (1 BvR 1923/23) mit

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerden vom 14.Jan.2023, vom 31.März 2023, 25.Mai 2023, 08.Juli 2023, 10.Aug.2023

mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 (über 12 Jahre)

zu verfassungswidriger Pflegeversicherung

mit verfassungswidriger Plünderung des Pfändungsschutz-Konto

zu verfassungswidriger Krankenversicherung

BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit

1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)

nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

Google zeigt, was in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000

im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers

unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler (1998-2005), unter Altbundeskanzlerin (2005-2021) fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert

mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum

Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023
 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
 in 2010 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Petitionen am
 Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag für politisch
 motivierte Zerschlagungen
 nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort,
 am Geburtsort in Bayern mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder
 in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz
 (2012)
 am Wohnort in NRW mit Gerichte übergreifendem
 Schadenersatz/Rehabilitierung-Boycott seit 2011,
 mit Schadenersatz-Sabotage durch
weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des
 beklagten Täters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch
 Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte,
 Polizeitrupps,
 mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen des Strafrechts und
 Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten
 und grundrechtsgleichen Rechten,
 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor
 Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan.
 2023)
 Von mehrfacher Freiheitsberaubung (verfassungswidrigem Missbrauch
 von JVA-Service) und von Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit
 Obergerichtsvollzieherinnen unter weisungsgebundenen
 Staatsanwälten, obwohl
 kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für
Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne
 Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten,
solche haben keine Rechtskraft, weil
 brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhrend,
 mit Willkür-Kontopfändungen / Kontoplünderung hoher
 Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige
 Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf
 Pfändungsschutzkonto
 Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011
 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Polizei-Terror, mit Banken-
 Terror, Psycho-Terror unter Steuerung von weisungsgebundenen
 Staatsanwälten . .
**BVERFG-391. Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Helfer und
 Helfershelfer ohne Richterkontrolle ohne Respektierung von
 Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten**
 Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Schadenersatz-Sabotage und
 Kontoplünderung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter
 Weisungsbefugnis des beklagten Täters, des Bundeskanzleramts,
 unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und
 Amtsgerichte, Polizeitrupps
 gegen Rentner im 82. Lebensjahr,
 unter dem Deckmantel des Strafrechts und
 Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten,
 grundrechtsgleichen Rechten, von Lebenswerk mit Weltklasse-
 Höchstleistungen, von Alter und von erdrückender Beweislage
 Von Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu
 staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen
 Kontoplünderungen nach 25 Jahren politisch motivierte
 Zerschlagungen seit 1998
 für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung
 verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne
 Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter,

ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitation wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren

Beginn einer neuartigen Hexenverfolgung,

wenn das Denkvermögen wegen Überforderung ausgeschaltet wird, wenn Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum zerschlagen und mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen abgestraft werden

Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:

„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“

mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Richterkontrollen und mit Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramts

> Deutschland ist mit Hexenjagd unterwegs, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen, mit Abschaltung des Denkvermögens über kausale Zusammenhänge: nach

25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage VB-2327 mit Anlage VB-2327a

Staatsanwaltschaftliche Exzesse auf Pfändungsschutz-Konto seit 2013 und Kontoplünderung seit 2021 Gesamt 12.206,20 €

(Okt.2023: 12.710,37 €)

Nach mehrfachem Einspruch gegen horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010,

nach Aufbrauch aller Altersrücklagen bis 2010.

Verfassungswidrige Rechtsanwendungen mit Kontozwangsmaßnahmen sind staatsanwaltschaftliche Exzesse, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht mehr respektiert werden, haben keine Rechtskraft und daher als Willkürakte eines totalen Justiz-Versagen zu bewerten.

Geplündert werden nicht nur Rentenzahlungen im hohen Rentenalter, sondern alle Zahlungseingänge über der Schutzgrenze des Pfändungsschutzkonto

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr und totalem Justiz-Versagen

wegen Verweigerung von Wiederaufbau, Rehabilitation und Schadenersatz, jetzt auch mit

Anspruch auf Opferschutz, Schmerzensgeld und ein humanes Lebensende

wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

> **Anlage VB-2305 c)** Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (eingegangen am 26.09.2023) **mit verfassungswidriger Kostenanklage am Landgericht Wuppertal (10 O 168/22) nach Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22)**

> **Anlage VB-2305 d)**

Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22) gemäß Abrechnung vom 13.04.2023 (11 C 406/22 002 (276))

> **Anlage VB-2305 e),f)** Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspfleger Ermanns

Sieh auch Anlage VB-2327a

> Anlage VB-2305 g) Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna mit Schreiben vom 26.10.2023 (eingegangen am 3.11.2023) mit Erfahrungen zu 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen gegen **Rentner jetzt im 83. Lebensjahr**, sieh auch Anlagen für die sofortige Beschwerde am Landgericht Wuppertal

(zu **BVERFG-393**. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

mit sozialer Zerschlagung seit dem 70. Lebensjahr (2011),

seit 13 Jahren, jetzt im 82. Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz

> durch weisungsgebundene Staatsanwälte

> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer (Rechtspfleger Jacob, Rechtspfleger Ermanns, Obergerichtsvollzieherin Sommerfeld, Gerichtsvollzieherin Ritzhaupt, Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna aktualisiert am 6.11.2023)

Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna war bereits in 2014/2015 an der wirtschaftlichen Zerschlagung des Beschwerdeführers beteiligt.

Wahrheitswidrig ist die Behauptung der Rechtspflegerin, dass der Beschwerdeführer seinen Widerspruch gegen Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Sozialversicherung zurückgenommen habe. Tatsache ist, dass der Widerspruch mehrfach Gegenstand von Verfassungsbeschwerden ist.

Anlage VB-2306 a) b) c)

Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern

a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)

b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010

c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307

Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnaher Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023.

Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308

Zurückweisung des verfassungswidrigen

Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a)

mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)

nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

Anlage VB-2309

Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten

Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit

verfassungswidrigen Sozialversicherungen

Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von

sozialgerichtlichen Verfahren

gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß

BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),

seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von

politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)

> durch weisungsgebundene Staatsanwälte

> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes

mit Hinweis auf

Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom 18.04.2023 mit

ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz**

(unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)

über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.

Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch

politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)

unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)

mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)

unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),

mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF

mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene

Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)

mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von

angewiesenen Staatsanwälten (Z5)

bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>

Scroll down after link (page 268)

Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:
Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023
Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen
am 04.02.2023).

Anlage VB-2311/A:

Antwortschreiben des Bundesverfassungsgerichts (AR 1497/23) vom 08.03.2023 mit nicht zutreffenden Annahmen:

Staatsanwälte haben den Polizei-Terror auf befriedeten Grundstück
bei Dunkelheit im Vorfeld des Ladetermin gegen Bürger(in) im
82.Lebensjahr veranlasst.

Die Ladung des Amtsgerichtes hat nicht eine „Zwischenentscheidung“
des Amtsgerichtes, sondern ein verfassungswidriges Urteil zur Folge,
gegen das jetzt Verfassungsbeschwerde fortzusetzen ist. Sieh
C) Urteil 11 C 406/22 vom 12.01.2023 (eingegangen am 09.03.2023),
Amtsgericht Velbert, trotz Abbruch der Gerichtsverhandlung durch
Richter Bäcker am Amtsgericht Velbert nach kürzester Erklärung,
warum Krankenversicherung verfassungswidrig ist.

**Polizei-Terror verniedlichende Stellungnahme der AR-Referentin
Krause-Reul am Bundesverfassungsgericht, seit vielen Jahren
zuständig, obwohl immer wieder konkrete anzufechtende
Hoheitsakte vorgelegt, weil bis heute:**

2mal Freiheitsberaubung auf umfriedeten Grundstück,

> ohne Haftbefehl beim 1.Mal,

> beim 2.Mal mit gewaltsamen Einbruch über die Garage, mit
staatsanwaltlicher Anweisung an 4 Mann-Polizeitrupp gegen Rentner
im Schlafanzug, mit Opfer-Präsentation in vergittertem
Schwerverbrecher-Transporter vor den Augen der Nachbarschaft und
mit Opfer demütigender Präsentationsfahrt durch Velbert zur
Polizeiwache mit anschließendem JVA-Service, Psychoterror,
angewiesener Polizei-Terror mit Zielsetzung von sozialer Isolation
immer wieder, unter staatsanwaltschaftlicher Verantwortung, von
skrupellosen Staatsanwälten

mit juristischem Service für Sozialversicherungsträger seit 2010 und
mit judikativem Service für Richter an den Amtsgerichten in Velbert
und Mettmann, am Landgericht Wuppertal, an Sozialgericht
Düsseldorf, an Bundesamt für Justiz (BfJ) seit 2007, mit Klage-
Erzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht gegen
verantwortliche Polizeitrupps bei 1. und 2. Freiheitsberaubung unter
Information an AR-Referentin im Bundesverfassungsgericht

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

mit Schreiben an den Bundespräsidenten wegen 1. und 2.
Freiheitsberaubung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 25 unten)

Anlage VB-2312/B: Anzufechtende Hoheitsakte

Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023)

Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

vom 01.02.2023 (eingegangen am 09.02.2023)

Anlage VB-2313/B

**Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal(124 Seiten)
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO**

gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal)
der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023
(eingegangen am 09.02.2023)
nach Erinnerung vom 24.12.2022 an Rechtsmittel der
Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung
einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung,
Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von
Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird
und letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer
auch noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger
in die Schranken zu weisen

Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht
respektiert werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch
keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen.
Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso
weniger judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.
2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der
Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer
sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne
Respektierung von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden
kriminelle

Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.

> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an
den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-
Verantwortung

> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 /
31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom
24.12.2022)

wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des
Landgerichts Wuppertal
mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
vom 28.09.2022 wegen
Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom
24.07.2022

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob
vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der
Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M
1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022
gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel
ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011
verwickelt (Sieh Kapitel 08)

08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:

Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für
Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH bis 2003

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche).

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:

Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für Rehabilitierung und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines Bruders)

Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten.

Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen Bundesregierung erhalten haben. Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16. Zivilkammer des Landgerichts vom 01. Feb. 2023 (eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.

Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal, weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art. 6 EMRK rücksichtslos ohne Beachtung, weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen aufzuzeigen.

Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden „Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.

Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden. Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art. 20 Abs. 4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 182)

Schriftsatz vom 20. Feb. 2023 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten) mit den Anlagen LG07(KV), LG08(KV), LG09(KV), LG10(KV), Anlage OWiV-02 aktualisiert (OWiV-02a, OWiV-02b), OWiV-03

Anlage LG-07(KV)

Schriftsatz vom 28. April 2021 an das Landgericht Wuppertal mit Ankündigung einer termingerechten Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde wegen verfassungswidriger Rechtsanwendung im Beschluss 9 S 30/21 vom 12.04.2021 (eingegangen am 16.04.2021)

50. Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendung mit erneuter Anrufung des Bundesverfassungsgerichts (Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde AR 864/21) und gegen verfassungswidrige Krankenversicherung.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>

Scroll down after link (page 336)

Anlage LG-08(KV)

Protokoll der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Velbert vom 12.01.2023, Geschäfts-Nr. 11 C 406/22 (eingegangen am 14.02.2023) zu weiterer Kostenfestsetzung mit Abbruch durch Richter **nach Erklärung der verfassungswidrigen Krankenversicherung**, nach vorausgegangenem Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters.

Anlage LG-09(KV)

Unverhältnismäßige Treib- und Hetzjagd seit über 10 Jahren in Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren **nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH**

Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss

24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht **Vosswinkel**

25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:

Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates

zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und

zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann

26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute

keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,

keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,

keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,

keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu

verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und

anschließender totaler Diskriminierung

27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen

Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers

(Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen

Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Anlage LG-10(KV):

Schriftsatz vom 27.Sept. 2022 an Amtsgericht Velbert

26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

am Amtsgericht Velbert

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Anlage OWiV-02: aktualisiert

Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung,
Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Menschen verachtende Zerschlagung im Alter

wegen herausragender Lebensleistung.

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!

Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit

dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für

Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser

Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der

3.Generation,

von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter

Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft

des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus

Solidargemeinschaft.

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt

„Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter

Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau

der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert,

Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche

Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an

wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen,

seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor

Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-

bayerischer Justiz und Politik verteidigen

Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen

aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne

Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt

2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher

Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder

wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in

Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)
Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitation und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:
> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitation und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psychoterror . . .

> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,

> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010, selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:

> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitation und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.

Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,

> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,

> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)

> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde

Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286/380/389)

Anlage OWiV-02b

Antrag auf Opferschutz beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Antrag auf Güteverfahren und mit erneuter Zusendung der

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom
Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen
einschließlich der separaten Beilage von

155. Antrag auf Güteverfahren gemäß Angebot vom 21.Dez.2022
(Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom
31.01.2023)

Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage

> Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr

**wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-
Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE
und KOMMTECH**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche)**

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator,
geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der
Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy
2000),

mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer,
Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen,
eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
erbracht zu haben.

156. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

mit Antrag auf Güteverfahren am Oberverwaltungsgericht Berlin-
Brandenburg gemäß Schreiben vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 mit Fortsetzung vom
31.01.2023)

gemäß Informationen zum Güteverfahren beim
Oberverwaltungsgericht

> > > <http://www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/service>

Hand-in-Hand:

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel /
Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks /
Sozialversicherungsträger mit Rechtsanwälten und
Staatsanwälten gegen Bürger, die sich keinen Rechtsanwalt mehr
leisten können. Seit 2010.**

**Über 20 Jahre seit 1998, über 28 % eines herausragenden
Lebenswerkes, hat das klagende Opfer,**

**nicht trotz, sondern wegen seines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa,**

politisch motivierte Zerschlagungen und ihre extremistische
Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung und zu
politisch motivierter Sklavenhaltung mit einem unverhältnismäßigen
Opferkriminalisierungswahnsinn
hinnehmen müssen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf>

Scroll down after link (page 256)

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des

Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2314/B

Schriftsatz vom 24.Dez. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022 (124 Seiten)

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /

Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 153)

Schriftsatz vom 24.12.2022 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten)

mit den Anlagen LG-03(KV), LG-04(KV), LG-05(KV), LG-06(KV)

Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /

Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Anlage LG-04 (KV)

Schriftsatz vom 28.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit

**Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde
vom 24.07.2022**

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,

> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,

> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitation und Schadenersatz längst Vorrang

haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.

> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann.

Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitation und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitation und Schadenersatz behindert und verhindert und

dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen
Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der
Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern **wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung, jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall) bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 124)

Anlage LG-05 (KV)

Beschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 17.10.2022 (erneut eingegangen am 13.12.2022)

Anlage LG-06 (KV)

Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhrend, Opfer diskriminierend, Opfer kriminalisierend: Rechtsmissbräuchliche Anwendung einer Förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit Jacob Rechtspfleger Stempel durch Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann vom 12.Dez.2022 mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewusst vorenthalten werden. (15 M 1627/22)

Anlage VB-2315/C

Urteil 11 C 406/22 des Amtsgerichtes Velbert, verkündet am 09.02.2023 ohne Kenntnis des Geladenen zu Güteverhandlung, mit vorhergehendem Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück, nach kurzer Erklärung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung Abbruch der Güteverhandlung am 12.01.2023 ohne Begründung durch jungen Einzelrichter Bäcker, eingegangen am 09.03.2023, vorgelegt in der Verfassungsbeschwerde wegen entscheidungsrelevanter Zusammenhänge mit der gesamten Verfassungsbeschwerde.

Anlage VB-2316/C

Persönliches, vorausgegangenes Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters, mit Einspruch gegen Ladung und Verfügung und mit Antrag auf Aufhebung des Ladetermins mit Begründung und umfangreichen Anlagen von 44 Seiten

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22, Sieh Anlage LG-03 (KV)

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

mit **Anlage VB-2305**: Seite 42

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung
wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger,
der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der
Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt, der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Anlage VB-2317/D

Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023) (Seite 1-4) mit Rechtsbeschwerde vom 24.02.2023 (persönlich an RichterIn am 24.02.2023 übergeben) mit schriftlichem Antrag auf Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde (auf Verlangen der RichterIn schnellstmöglich per Fax am 24.02.2023 nachgereicht). Rechtsbeschwerde mehrfach an Landgericht Wuppertal, an Oberlandesgericht Düsseldorf und an das Bundesverfassungsgericht.

Anlage VB-2318/D

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22) vom 13.03.2023 (eingegangen am 23.03.2023) mit Androhung eines Gerichtsbescheids über verfassungswidrige Pflegeversicherung des Sozialversicherungsträgers ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

Anlage VB-2319/D

Beschluss 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 14.03.2023 (eingegangen am 31. März 2023). Brutal verfassungswidrig: Überflutung mit Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften mit mehrfacher Zielsetzung: Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz, Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen aus

> 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Anlage VB-2320/D

Schriftsatz vom 28. Jan. 2023 mit Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

mit Vorrang für Gerichtsverfahren zu Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF gemäß Punkt 17 und 18

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf>

Scroll down after link (page 69)

Anlage VB-2301

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert 001.

Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen eines demokratischen Rechtsstaates mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)

> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**,
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter Federführung der **stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**)

mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz

> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,

> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,

> mit extremistischer Ausuferung durch Treib-und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz

> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:

Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

> heute im 82.Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn, mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.

002. Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal

mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82.Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.

Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich.
Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern

Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert

Justiz verweigert Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwälte Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.

Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal

Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)

Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Sieh Anlage LG-01 Seite 7-19
Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Sieh Anlage LG-04

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Anlage LG-01

Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022)

mit verkürzter Notfrist

durch 3.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),

- a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),
- b) mit prozessleitender Verfügung (Seite 3-4)
- c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)
- d) mit nicht lesbarer Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)
- e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den Notlagentarif (K2, Seite 14-18)
- f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
- g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
- h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert (Seite 26-28)

Anlage LG-02

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022

wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender
Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.

Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am Verwaltungsgericht:

Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)

Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)

Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam

Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022

Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen

für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:

Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren,

mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder,

mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende,

beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:

Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem

herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit

Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit, mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“,

mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für

**extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen
Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen**

anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass

führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa, wie z.B.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anträge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich

nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>
Scroll down after link (page 251)

Anlage LG-03

26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,

weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacks gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacks behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,

Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,

deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar, Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen, Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02, OWiV-03

Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage LG-04:

Gegenerklärung in einer Vielzahl von insgesamt 6 Mahnbescheiden in Oktober / November 2022 für Kosten maximierende soziale Zerschlagungen als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Anlage VB-2302

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage gemäß Kapitel 001 und 002 (Anlage VB-2301)

Kapitel 003. Brutal verfassungswidrig:

Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, verklagt:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,

Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.

Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitation und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin

> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung

> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),

> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanten von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperrung und Bundeskanzleramt mit

persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel am Verwaltungsgericht Düsseldorf

> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.

(Anlage LG-05, LG-06)

Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitation und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?

> > > Daher: Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen

> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 17)

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Anlage LG-05:

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Schreiben vom 21.11.2022 (eingegangen am 29.11.2022)

mit Androhung der Verweisung an das Amtsgericht Velbert und mit verkürzter Antwortfrist. Brutal verfassungswidrig

Anlage LG-06:

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Wie kann man gerichtliche Verfügungen umsetzen, wenn Landgericht und Verwaltungsgerichte Rehabilitierung und Schadenersatz versagen und der klagende Sozialversicherungsträger entsprechende Klagen des Zerschlagungsopfer sabotiert?

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.11.2022

(eingegangen am 23.11.2022)

Anlage LG-07:

Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Justiz-Versagen ohne Ende: Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung und

nicht zusätzlich zu sozialer Zerschlagung gegen

Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr, mit einer Verwaltungsjustiz, die nur weiter zerschlagen will, für die Opferkriminalisierung,

Altersdiskriminierung, Generationendiskriminierung nach Ausuferung

politisch motivierter Zerschlagung nicht nur am Wohnort in NRW,

sondern auch am Geburtsort in Bayern, mit Wissen der gesamten

Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, am

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das auch für den

Schlesinger-Skandal zuständig ist (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

gemäß Anlage LG-03

Sieh Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Anlage VB-2303

Beschluss 3 O 228/22 (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022

(eingegangen am 06.12.2022 mit förmlicher Zustellung)

Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den

Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen

seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen

Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale

Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen,

gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und

kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und

Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen.

Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-2304

Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht

Düsseldorf

mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung

**nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022
und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22
vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf
Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte
Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit
persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008**

174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und
Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel:
Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des
Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE.
Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phoenix/ZDF und für
sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.) mit
Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit
Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen
ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks
unter Verantwortung von

Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022

Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender,
Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF.
Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.

Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt
multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-
finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)

Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch
gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der
Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des
Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-
Justitiarin.

Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden
Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung
der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der
Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung
des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen

Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an
alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven
Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
(siehe Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw.
Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf>

Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht
Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende
Beweisinformationen zu verhindern,

Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im
ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit
Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.

Intendant-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden
Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:

> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5
2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den
Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an
Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß
Abschnitt 16 und

nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und
des ZDF waren informiert), danach Ernennung von

Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit
Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der

Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.

Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998:

Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu **Monika Piel**, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen) nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)

Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin

Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justiziarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.

2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 89)

Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:

Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.

Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,

Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk, vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.
professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt,
ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher
Verantwortung der Täter

[Schröder/Steinmeier/Merkel](#) verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

[Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende](#) mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

[Vom Schlesinger-Skandal](#) (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:

Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013: Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),

Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.

Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.

Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)

2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007

Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung

Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsoffer

und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.

Folgewirkungen der Rundfunk Sperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),

Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.

Rundfunk Sperre des Klägers zu einer

Maischberger-Sendung in 2017 über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)

176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsoffers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH :

Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH, beispielsweise auch zur Ausbildung der NIXDORF-Entwicklung und anschließend im NIXDORF-Ausbildungszentrum Mainz/Wiesbaden.

Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie Kaizen,

in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung

eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210

26 Jahre Europäische Congressmessen.

Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,

mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester

Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.

177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:

Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Brutal verfassungswidrig > > >

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.

Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?

Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.

Zerschlagen nicht nur:

Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,

Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.

Danach

Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten, Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller-Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin

Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert

Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts- und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes

in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperrung durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperrung seit 2008:

Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhrender Missbrauch von Erzwangshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld

Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhrender Missbrauch einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am

laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011

Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht

der 2. Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung

Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten

Opfer verhöhrende Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81. Lebensjahr
Daher jetzt gefordert:

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und

Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)

Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012 Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.

Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für **gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft** (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert, Schaden durch Rundfunksperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen

Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten

Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81.Lebensjahr mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden

Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind **Zerschlagungsoffer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung** in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger, der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,**

der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.